

Wesentliche Daten des Geschäftsjahres 2016 im Vergleich zum Vorjahr

Aktive Mitglieder

	2016		2015		Veränderung
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Gesamtzahl	24.302	100	23.897	100	405
Freiberufliche	9.851	40,5	10.016	41,9	-165
Angestellte	14.421	59,3	13.848	57,9	573
Beamte und Freiwillig	30	0,1	33	0,1	-3

Beiträge

	2016		2015		Veränderung
	Mio. €		Mio. €		
Beitragsaufkommen					
insgesamt	195,5		183,3		12,20

Vermögenswerte

	2016		2015		Veränderung
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Vermögenswerte					
Marktpreis insgesamt	4.773,25	100	4.455,85	100	317,40
Aktien	1.315,03	27,55	1.171,69	26,3	143,34
Festverzinsliche					
Wertpapiere	2.056,77	43,09	1.964,92	44,1	91,85
Private Equity	282,77	5,92	248,84	5,6	33,93
Liquidität	431,45	9,04	464,23	10,4	-32,78
Immobilien	667,92	13,99	511,41	11,5	156,51
Sonstige	19,31	0,40	94,76	2,1	-75,45
Erträge	181,2		172,4		8,80

Versorgungsempfänger

	2016		2015		Veränderung
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Gesamtzahl	6.507	100	6.297	100	210
Altersruhegeld	4.574	70,3	4.416	70,1	158
Berufsunfähigkeit	212	3,3	214	3,5	-2
Kindergelder	218	3,4	237	3,8	-19
Witwenrenten	1.257	19,3	1.207	19,2	50
Witwerrenten	39	0,6	37	0,6	2
Waisenrenten	207	3,2	186	3,0	21

Versorgungsleistungen

	2016		2015		Veränderung
	Mio €	%	Mio €	%	
Versorgungsaufwand					
insgesamt	87,11	100	82,3	100	4,81
Altersruhegeld	72,17	82,8	67,96	82,6	4,21
Berufsunfähigkeit	3,79	4,4	3,65	4,4	0,14
Kindergeld	0,1	0,1	0,11	0,1	-0,1
Witwen- und Wittwerrenten	10,34	11,9	9,75	11,8	0,59
Waisenrenten	0,66	0,8	0,6	0,7	0,06
Abfindungen	0	0,0	0	0,0	0,00
Versorgungsausgleich	0,05	0,1	0,23	0,3	-0,18

Verschiedenes aus Bilanz/GuV

	2016		2015		Veränderung
	Mio €		Mio €		
Bilanzsumme	4.510,68		4.228,86		281,82
Rücklage für schwank. Bed.	405,21		346,22		58,99
Versicherungstechnische Rückstellungen	4.104,46		3.881,62		222,84
Verwaltungskosten in % der Beitragseinnahmen	1,30%		1,20		0,10
Überschuss	58,99		54,33		4,66

Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrats	6
Organe des Versorgungswerks	8
Lagebericht	12
Bilanz zum 31.12.2016	34
Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2016 bis 31.12.2016	38
Anhang	40
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	62

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch das Geschäftsjahr 2016 bestätigt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 59 Mio. Euro die solide Geschäftsentwicklung des Versorgungswerks. Das Geschäftsjahresergebnis übertrifft das Ergebnis des Vorjahres um 4,66 Mio. Euro und dies trotz eines für die kapitalgedeckten Altersvorsorgesysteme als sehr herausfordernd zu bezeichnenden Umfeldes.

Die Erträge aus den Kapitalanlagen stiegen um 8,8 Mio. Euro gegenüber 2015 auf 181,2 Mio. Euro. Dies entspricht einer Durchschnittsverzinsung von 4,1 %. Die weiterhin hohen Mittelzuflüsse und freiwilligen Beitragsaufstockungen zum Jahresende bestätigen das entgegengebrachte Vertrauen in unsere Arbeit. Die Beitragseinnahmen stiegen um 12,2 Mio. Euro bzw. um 6,6%. Inzwischen zählt das Versorgungswerk mehr als 27.000 Mitglieder. Trotz Niedrigzinsphase und volatilen Märkten ist es uns durch vorausschauendes Risikomanagement auch im zurückliegenden Geschäftsjahr 2016 gelungen, die Risikotragfähigkeit weiter auszubauen. Die Rückstellung für schwankenden Bedarf (RfsB) konnte auf 9,8 % der Deckungsrückstellung erhöht werden. Die bilanziellen Reserven liegen damit deutlich über den Anforderungen des für die Versorgungswerke verbindlichen Risikoleitfadens der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen (ABV).

Das Geschäftsjahr 2016 startete zunächst holprig. Die Aktienmärkte gaben zu Beginn des Jahres auf breiter Front nach. Aufgekommene Sorgen vor einer globalen Rezession durch enttäuschende Konjunkturdaten aus China und den weiteren Verfall des Ölpreises lösten eine Abwärtsbewegung aus, die bis in den Februar anhielt.

Im weiteren Jahresverlauf hat die Kapitalmärkte vor allem das politische Umfeld geprägt. Ende Juni sorgte zunächst der unerwartete negative Ausgang der Volksbefragung in Großbritannien über den Verbleib Großbritanniens in der EU („Brexit“) für Unsicherheit an den Kapitalmärkten. Die überraschende Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten sorgte dagegen im November nur kurzfristig für einen Kurseinbruch bei Aktien. Die von Donald Trump im Wahlkampf in Aussicht gestellten Steuersenkungen und hohen Investitionen in Infrastruktur beflügelten nach der US-Wahl die Aktienmärkte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) verlängerte Anfang Dezember 2016 ihre milliardenschweren Käufe von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren von September 2017 auf Ende 2017. Dies unterstützte die positive Aktienmarktentwicklung zusätzlich.

Um auf die steigenden Anforderungen an die Kapitalanlagetätigkeit des Versorgungswerks angemessen reagieren zu können wurden die Bereiche Kapitalanlagen und Controlling personell verstärkt.

Im Berichtsjahr 2016 prägten Maßnahmen zum Ausbau der Risikotragfähigkeit und die Stabilisierung der ordentlichen Ertragsbasis im weiterhin problematischen Niedrigzinsumfeld die Tätigkeit der Gremien des Versorgungswerks. Der Verwaltungsrat trat im Geschäftsjahr 2016 zu drei

Sitzungen zusammen. Gegenstand der Beratungen waren Entscheidungen zur Vermögensanlage und zum Asset-Liability-Management sowie der von der Geschäftsführung vorgelegte Geschäftsbericht 2015 inklusive des zugehörigen Prüfberichts von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bansbach GmbH. Der Haushaltsplan 2017 wurde eingehend beraten und mit dem Geschäftsbericht der Vertreterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen. Die Geschäftsordnung des Versorgungswerks wurde im Hinblick auf die 2015 bereits beschlossene Neuausrichtung der Geschäftsführungsebene aktualisiert.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden zudem mögliche Handlungsoptionen bei länger anhaltender Niedrigzinsphase ausgearbeitet. Höhere aufsichtsrechtliche Anforderungen an das vorzuhaltende Risikokapital haben den Anpassungsdruck im Bereich der versicherungstechnischen Kalkulation stark erhöht. Dem Verwaltungsrat liegt ein Vorschlag zur Anpassung der satzungsmäßigen Verrentungssätze vor, um die Kalkulationssicherheit und Risikotragfähigkeit auch im Niedrigzinsumfeld weiter stärken zu können. Die Gremien werden hierüber im laufenden Geschäftsjahr 2017 beschließen.

Die Vertreterversammlung tagte am 19.07.2016. Gegenstand der Versammlung waren der Geschäftsbericht 2015 nebst Entlastung der Geschäftsführung und des Verwaltungsrats und die Genehmigung des Haushaltsplans 2017. Vorausschauend auf zukünftige aufsichtsrechtliche Anforderungen an das Risikomanagement wurde erstmals eine offene Bilanzrücklage (RfsB) zur Risikovorsorge von der Vertreterversammlung beschlossen.

Der Jahresabschluss 2016 zeigt zusammengefasst eine stabile Ergebnisentwicklung bei den Geschäftszahlen, der Mitgliederentwicklung und den Beitragseinnahmen.

Ich danke allen gewählten und benannten Vertreterinnen und Vertretern für ihre konstruktive Mitwirkung bei den Entscheidungsprozessen und der Wahrnehmung der Kontrollaufgaben.

Herrn Hauptgeschäftsführer Roland Röckle sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sage ich Dank für die stets konstruktive Zusammenarbeit und ihr anhaltend hohes Engagement.

Stuttgart, im April 2017


Dr.-Ing. Eckart Rosenberger

1. Vertreterversammlung

Baden-Württemberg

Ulrike Beckmann-Morgenstern		
Dipl.-Ing. (FH) freie Architektin	Schlösslestraße 8	70186 Stuttgart
Regina Diebold		
Dipl.-Ing. freie Architektin	Urbanstr. 48	70182 Stuttgart
Matthias Grzimek		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Marktstraße 20	73230 Kirchheim/Teck
Ilona Hocher-Brendel		
Dipl.-Ing. freie Architektin	Langer Weg 50	73732 Esslingen
Christian Knapp		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Altmannstr. 3	88069 Tettngang
Silke Kojer		
Dipl.-Ing. Architektin	Sudetenstraße 5	71672 Marbach
Lynn Cathrin Mayer		
Dipl.-Ing. Architektin	Seyfferstraße 93	70197 Stuttgart
Markus Müller		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Albrecht-Dürer-Str. 13	88074 Meckenbeuren
Wolfgang Riehle		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Am Echazufer 24	72764 Reutlingen
Dr. Ing. Eckart Rosenberger		
Architekt	Kelterweg 46	70734 Fellbach
Andreas Schmucker		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Rheinvorlandstraße 7	68159 Mannheim
Matthias Schuster		
Dipl.-Ing. Stadtplaner	Azenbergstr. 50	70174 Stuttgart
Jürgen Spiecker		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Harriet-Straub-Str. 17	79100 Freiburg

Stellvertreter Baden-Württemberg

Aleksandra Gleich	Dürerstr. 60	68163 Mannheim
Dr. Fred Gresens		
Dipl.-Ing. Architekt	Im Hornwerk 6	77749 Hohberg
Andrea Haag		
Dipl.-Ing. (FH) Architektin	Herschelstr. 48b	70565 Stuttgart

Anette Nille		
Dipl.-Ing. freie Architektin	Untere Sommerbergstr. 13	73347 Mühlhausen
Richard Christophers		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Sonnenbergstr. 51 c	70184 Stuttgart
Andreas Hartmaier		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Schützenwiesen 6	72525 Münsingen
Sven Plachetka		
Dipl.-Ing. Architekt	Soldatenweg 120	68305 Mannheim
Ullrich Schwille		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Alte Burgstr. 111	72762 Reutlingen

Schleswig-Holstein

Dr. Jan Reimers		
Dipl.-Ing. Beratender Ingenieur	Industrieweg 19	25588 Oldendorf
Christian Rissmann		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Am Holm 25	23730 Neustadt i.H.
Dr. Joachim Scheele		
Dipl.-Ing. Beratender Ingenieur	Weidenstr. 5 - 7	23701 Eutin

Stellvertreter Schleswig-Holstein

Angelika Jacob		
Dipl.-Ing.		
freie Landschaftsarchitektin	Ochsenzoller Straße 142 a	22846 Norderstedt

Hamburg

Rüdiger Klamp		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Am Kamp 7	24326 Nehnten
Martin Kreienbaum		
Dipl. Ing. freier Architekt	Grindelhof 29	20146 Hamburg
Björn Papay		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Sierichstraße 102	22299 Hamburg

Stellvertreter Hamburg

Lutz Siebertz		
Dipl.-Ing. Architekt	Kanzleistr. 4	22609 Hamburg

2. Verwaltungsrat

Mitglieder

Dr. Ing. Eckart Rosenberger (Vorsitzender)		
Architekt	Kelterweg 46	70734 Fellbach
Andreas Schmucker (stv. Vorsitzender)		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Rheinvorlandstraße 7	68159 Mannheim
Ilona Hocher-Brendel		
Dipl.-Ing. freie Architektin	Langer Weg 48	73732 Esslingen
Christian Knapp		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Altmannstr. 3	88069 Tettngang
Rüdiger Klamp		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Am Kamp 7	24326 Nehnten
Silke Kojer		
Dipl.-Ing. Architektin	Sudetenstr. 5	71672 Marbach
Markus Müller		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Albrecht-Dürerstr. 13	88074 Meckenbeuren
Martin Kreienbaum		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Grindelhof 29	20146 Hamburg
Dr. Jan Reimers		
Dipl.-Ing. Beratender Ingenieur	Industrieweg 19	25588 Oldendorf
Wolfgang Riehle		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Am Echazufer 24	72764 Reutlingen
Christian Rissmann		
Dipl.-Ing. freier Architekt	Am Holm 25	23730 Neustadt i.H.

Stellvertreter

Ulrike Beckmann-Morgenstern		
Dipl.-Ing. (FH) freie Architektin	Schlösslestraße 8	70186 Stuttgart
Regina Diebold		
Dipl.-Ing. freie Architektin	Urbanstr. 48	70182 Stuttgart
Matthias Schuster		
Dipl.-Ing. Stadtplaner	Atzenbergstr. 50	70174 Stuttgart

Jahresergebnis

Der Überschuss des Geschäftsjahres 2016 beträgt € 58.988.206,88.

Rücklage für schwankenden Bedarf

Gemäß §10a Abs. 4 der Satzung wurde der Überschuss 2016 i.H.v. € 58.988.206,88 in die Rücklage für schwankenden Bedarf eingestellt.

Erläuterung zum Jahresergebnis**Kurzübersicht der Gewinn und Verlustrechnung in T€:**

	31.12.2016	31.12.2016
	TEUR	TEUR
Beiträge	195.499,47	
Aufwendungen Versicherungsfälle	-87.796,64	
Aufwendungen Versicherungsbetrieb	-1.613,09	
Sonstige versicherungstechnische Erträge	57,86	
Überschuss der Beiträge über die Leistungen	106.147,6	
Deckungsrückstellung	-222.840,77	
Versicherungstechnisches Ergebnis i.e.S.		-116.693,17
Erträge aus Kapitalanlagen	181.171,84	
Aufwendungen für Kapitalanlagen	-5.255,03	
Ergebnis der Kapitalanlagen		175.916,81
Versicherungstechnisches Ergebnis		59.223,64
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis		-235,43
Überschuss		58.988,21

Die bilanzielle Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen, gerechnet nach Mittelwert aus Anfangs- und Endbestand, liegt bei 4,1 % (Vorjahr 4,2 %).

Die Erträge aus Kapitalanlagen haben sich von Mio. € 172,4 im Vorjahr auf Mio. € 181,2 erhöht. Darin enthalten sind außerordentliche Kursgewinne in Höhe von Mio. € 10,3 aus Vertragsbeendigung oder eingeräumten Kündigungsmöglichkeiten.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beinhalten einen allgemeinen Aufwand i.H.v. Mio. € 4,8, die planmäßige Gebäudeabschreibung i.H.v. Mio. € 0,3 sowie die Abschreibung auf ein festverzinsliches Wertpapier welches über Par erworben wurde i.H.v. Mio. € 0,1.

Das Jahresergebnis bleibt aufgrund unserer Steuerbefreiung als teilrechtsfähiges Sondervermögen der Architektenkammer Baden-Württemberg, in der Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, von steuerlicher Belastung unbeeinflusst.

Die Komponenten des Jahresergebnisses sind in der Kurzübersicht der Gewinn und Verlustrechnung, siehe oben, aufgeführt.

Im Geschäftsjahr 2016 verzeichnen wir ein gestiegenes Beitragsaufkommen. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen konnte bei höheren Aufwendungen für Kapitalanlagen (siehe GuV I. 8.) gegenüber dem Vorjahr erhöht werden.

Unsere Leistungen und die Zuführung zur Deckungsrückstellung sind planmäßig gestiegen.

Mitgliederbestand

Im Geschäftsjahr 2016 verzeichneten wir einen Netto-Zugang von 405 aktiven (beitragszahlenden) Anwärtern, sodass sich zum Jahresende 24.302 aktive Anwartschaften im Bestand befanden. Hieraus erhielten wir Beitragszahlungen in Höhe von € 195.499.473,96. Weiterhin befanden sich 3.089 inaktive sowie 1.260 Versorgungsausgleichs-Anwartschaften per 31.12.2016 im Bestand.

Die Zahl der Versorgungsempfänger erhöhte sich von 6.297 im Vorjahr um 210 auf 6.507 per 31.12.2016. Davon sind 1.296 (Vorjahr 1.244) Hinterbliebenenrentenempfänger und 212 (Vorjahr 214) Berufsunfähigkeitsrentenempfänger. Es wurden im Geschäftsjahr 2016 66 Anträge zur

Gewährung von Berufsunfähigkeitsrente bearbeitet, hiervon wurden 26 dauerhafte und 18 befristete Berufsunfähigkeitsrenten bewilligt. 19 Anträge wurden abgelehnt und bei 3 Anträgen steht die Entscheidung noch aus.

Die Gesamtsumme der ausgezahlten Leistungen, bestehend aus Alters-, Hinterbliebenen und Berufsunfähigkeitsrenten betrug € 87.112.787,66.

Aufgrund des Beschlusses der Vertreterversammlung vom 19.07.2016 traten die §§ 29a, 43 Abs. 6 und 8 Abs. 5 S. 3 der Satzung in Kraft. In § 29a sind nun die Sachverhalte niedergelegt, welche zu einer Versagung von Berufsunfähigkeits- oder Hinterbliebenenrente führen.

Gemäß § 43 Abs. 6 der Satzung haben die Empfänger von Berufsunfähigkeits- oder Hinterbliebenenrente ab Inkrafttreten der Satzungsänderung Schadensersatzansprüche gegenüber Dritten, die den Rentenfall herbeigeführt haben, an das Versorgungswerk abzutreten. Unter gewissen Voraussetzungen kann der Verwaltungsrat entsprechend § 8 Abs. 5 S. 3 der Satzung nun auch in einem schriftlichen Verfahren über Widersprüche entscheiden.

Im Versorgungsausgleichsrecht hat der Bundesgerichtshof (BGH) mit seiner Entscheidung vom 17.02.2016 Az. XII ZB 447/13 der uneinheitlichen Rechtsprechung zum Thema nahehehlicher Kapitalverzehr ein Ende bereitet.

Vor der Entscheidung des BGH erhielt ein sich im Scheidungsverfahren befindlicher Rentner seine volle Rente, bis die Rechtskraft des Beschlusses des Familiengerichts eintrat. Laut der Entscheidung des Familiengerichts waren dem geschiedenen Ex-Ehegatten jedoch Versorgungsansprüche zu übertragen. Die bis zur Rechtskraft voll an den Rentner bezahlten Leistungen waren somit um die Versorgungsansprüche des Ex-Ehegatten zu mindern. Daher wurde in der Vergangenheit das Deckungskapital des Rentners um die zu viel gezahlten Beträge gekürzt, die zukünftig von uns geleistete Rente verminderte sich. Diese Verwaltungspraxis ist nach Entscheidung des BGH überholt und wurde sofort angepasst. Derartige Verrechnungen können nun nicht mehr vorgenommen werden. Vielmehr ist im Scheidungsverfahren der Ausgleichswert auf den mutmaßlichen Rechtskraftzeitpunkt zu ermitteln. Fällt dieser mit dem tatsächlichen Rechtskraftzeitpunkt entscheidend auseinander, sind Rechtsmittel einzulegen.

Unsere Verwaltungspraxis, welche mit der Entscheidung des BGH einhergeht, ist auf uns als kapitalgedecktes Versorgungswerk voll übertragbar und wurde mittlerweile auch vom Oberlandesgericht Stuttgart bestätigt.

Seit dem 01.01.2016 findet weiter § 47a SGB V Anwendung. Während des Krankengeldbezugs übernehmen die Krankenkassen auf Antrag auch die Beiträge zum Versorgungswerk. Diese begrüßenswerte Gesetzesänderung verdeutlicht die Regelungsabsicht des Gesetzgebers, die Mitglieder berufsständischer Versorgungswerke mit den Rentenversicherten bei Krankengeldbezug gleichzustellen.

Prognosebericht, Wirtschaftlicher Ausblick

Die US-Notenbank (FED) hat im Dezember 2016 die zweite und im März 2017 die dritte Leitzinserhöhung seit Ausbruch der Finanzkrise um jeweils 0,25 % beschlossen. Die FED hat damit das langanhaltende Niedrigzinsniveau als erste führende Zentralbank verlassen. Im Euroraum und in Japan verharren die Leitzinsen aber auf weithin historischen Tiefständen. Die Finanzmärkte gehen durch das Wording der jüngsten EZB-Pressekonferenzen nicht von weiteren Zinssenkungen aus.

Wir gehen für das laufende Geschäftsjahr 2017 von einer andauernden expansiven Geldpolitik in Europa und Japan sowie weiteren moderaten Zinserhöhungen in den USA aus. Daher ist weiterhin mit Kapitalmarktzinsen auf niedrigstem Niveau zu rechnen, die am langen Ende der Zinsstrukturkurve unter unserem derzeitigen Rechnungszins verharren und auch im Jahr 2017 bis zum 6-jährigen Laufzeitenbereich Deutscher Bundesanleihen negativ sind. Mögliche Inflationstendenzen werden innerhalb unseres Basisszenarios auch mittelfristig nicht zu steigenden Kapitalmarktzinsen führen. Wir sind davon überzeugt, dass die EZB einen negativen Realzins in der Eurozone herbeiführen will, um die Schuldentragfähigkeit der europäischen Staatshaushalte zu erhöhen. Dies stellt kapitalgedeckte Altersvorsorgesysteme vor besondere Herausforderungen.

Unsicherheit ist auch in 2017 von der Politik zu erwarten: Im Januar 2017 zog Donald Trump als 45. US-Präsident ins Weiße Haus ein. Im Wahlkampf hatte er Freihandelsabkommen kritisiert und protektionistische Töne angeschlagen. Handelsbarrieren könnten vor allem die exportorientierte deutsche Wirtschaft empfindlich treffen.

Im Wahljahr 2017 wird auch die EU-Politik erneut ein Unsicherheitsfaktor an den Kapitalmärkten sein. Die Sorge, dass der Trump-Sieg Rechtspopulisten wie Geert Wilders in den Niederlanden und Marine Le Pen in Frankreich, die dem Freihandel und dem Euro kritisch gegenüber stehen, zusätzlich Auftrieb geben könnte, bestimmt im Frühjahr 2017 die politischen Debatten. Zwar

konnte sich bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden der Populist Geert Wilders nicht durchsetzen jedoch blicken die Märkte mit großer Nervosität zu den französischen Präsidentschaftswahlen im April und schließlich zu den deutschen Bundestagswahlen im Herbst.

Hinsichtlich des unerwarteten Ausgangs der Volksabstimmung in Großbritannien über den Verbleib in der EU in Zusammenhang mit den anstehenden Austrittsverhandlungen ist mit weiter anhaltender Unsicherheit an den Kapitalmärkten zu rechnen, die stark Nachrichten getrieben sein wird.

Aufgrund von Basiseffekten im Rohstoffbereich gehen wir für 2017 von einer stagnierenden bis leicht steigenden Inflation aus, sehen jedoch durch den schwachen Ölpreis deflatorische Gegen-Tendenzen.

Die Erwartungen zu den oben genannten Faktoren bilden die Grundlage für eine Beurteilung des notwendigen Wachstums unseres Vermögens im Geschäftsjahr 2017, um die erforderliche Zuführung zur Deckungsrückstellung erfüllen zu können.

Dem Ausfinanzierungsgrad der Leistungsverpflichtungen durch ordentliche Erträge wird im strategischen Kapitalanlagemanagement weiterhin höchste Priorität eingeräumt. Eine vollständige kalkulatorische Deckung des Leistungsversprechens wird aufgrund der oben beschriebenen Situation allein aus ordentlichen Erträgen nicht möglich sein, daher sind in verstärktem Maße außerordentliche Erträge durch ein positives Handelsergebnis innerhalb von Spezial-Sondervermögen erforderlich. Die hohe Volatilität der Kapitalmärkte stellt in diesem Kontext ein weiteres zu kalkulierendes Risiko dar, welches einer aktiven Handelsstrategie im Kapitalanlagenmanagement bedarf.

Um weiterhin die Kapitalanlagen gemäß der Risikoklasse III nach dem Konzept der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen (ABV) strukturieren zu können, sind mindestens 6% der Deckungsrückstellung an Reserven vorzuhalten. Diese sollen entsprechend der internen strategischen Vorgabe durch bilanzielle Rücklagen gedeckt sein.

Ausblick auf versicherungstechnische Faktoren

Als vollständig kapitalgedecktes Versorgungswerk wird die Risikosituation bezüglich der Sicherstellung des satzungsmäßigen Leistungsniveaus sowohl von der biometrischen wie auch von der Kapitalmarktentwicklung determiniert.

Wir betreiben ein Asset-Liability-Management (ALM). Dieses wird im Einzelnen ab Seite 22 im folgenden Risiko- und Chancenbericht beschrieben.

Aus der biometrischen Struktur des Anwärterbestandes, den Zugängen neuer Teilnehmer und der Entwicklung des Beitragsaufkommens leitet sich der Anlagehorizont für die Vermögensanlagepolitik ab. Dieser bildet die erste Ebene der Risikotragfähigkeit und bestimmt den Umfang der Möglichkeit, Risiken auf der Zeitachse zu diversifizieren. Das Geschäftsjahr 2016 zeigt ein stabiles Beitragsaufkommen und kontinuierliche Mitgliederzuwächse. Der derzeitige Liquiditätsüberschuss aus dem Versichertenbestand (Beitragseinnahmen ./. Rentenleistungen) führt zu einem wachsenden Kapitalstock und bestätigt weiterhin die Eigenschaft des VWDA als Langfristanleger. Ein Liquiditätsrisiko besteht im Prognosezeitraum nicht, siehe nachfolgende Seite unter 2. Liquiditätsrisiken.

Der jährliche Zuführungsbedarf zur Deckungsrückstellung wird angesichts des niedrigen Zinsniveaus künftig nicht mehr allein durch die ordentlichen Erträge (Zinsen, Dividenden und Mieterträge) finanziert werden können. Die aktuelle Zinssituation mit niedrigen risikofreien Zinserträgen erfordert weiterhin einen höheren Anteil an Kursgewinnen aus der Wertpapieranlage in Aktien und festverzinslichen Wertpapieren innerhalb von Spezial-Sondervermögen sowie eine stetige Ausweitung der Risikodiversifikation in andere wachsende Wirtschaftsräume und sogenannte „alternative“ Anlageformen. Lediglich hierdurch kann die Sicherstellung einer stetigen positiven Ertragsbasis zur Deckung der kalkulatorischen Leistungsverpflichtungen vor dem Hintergrund eines anhaltend niedrigen Zinsumfelds gewährleistet werden. Der Ausfinanzierungsgrad an ordentlichen Erträgen bildet die zweite Ebene des Risikotragfähigkeitskonzeptes. Die dritte Dimension wird durch bilanzielle und außerbilanzielle Reserven definiert.

Die Angemessenheit des satzungsmäßigen Leistungsniveaus (Verrentungssätze, Rechnungszins) wird vor diesem Hintergrund der wirtschaftlichen Gesamtmarktentwicklung laufend überprüft. Insbesondere das niedrige Niveau der langfristigen Kapitalmarktzinsen und deren Entwicklung ist kritisch zu betrachten. In allen Laufzeitbereichen liegen die Kapitalmarktzinsen weiterhin signifikant unter dem kalkulierten Rechnungszins. Dies schränkt zunächst den Spielraum für künftige

Leistungsanhebungen ein, da die dauerhaft angestrebte bilanzielle Risikovorsorge eine Einstufung in die Risikoklasse 3 des ABV-Konzeptes gewährleisten soll (ABV-Konzept: siehe zweiter Absatz des Risiko- und Chancenbericht, Seite 22). Diese erhöhte Risikotragfähigkeit dient dazu, künftiges Chancenpotenzial zu erhalten und gegebenenfalls zu schaffen. Ziel ist es, die Einstufung in die Risikoklasse 3 gemäß ABV-Konzept auch bilanziell abzubilden. Ein Vorschlag der Geschäftsführung, den Verrentungszins für neue Beiträge ab 01.01.2018 aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus zu verändern, liegt den Gremien des VWDA zur Beschlussfassung vor.

Positive Abweichungen von diesen Einschätzungen der genannten Risiken, welche sich als Gewinn auswirken würden, werden im Rahmen der Vorteilweitergabe unseren Mitgliedern unmittelbar gemäß unserer Satzung zu Gute kommen. Den Mitgliedern stehen alle erreichbaren Chancen zu. Wir wollen die genannten Grundsätze im aktuellen und im folgenden Geschäftsjahr als gegeben ansehen. Zukunftsaussagen sind jedoch mit hohen Risiken behaftet.

1. Deckungsrückstellung

Durch die Anwendung der „Berufsständischen Richttafeln“ von Dr. Klaus Heubeck 2006 G wird der jährliche Zuführungsbedarf zur Deckungsrückstellung weiterhin in wesentlichem Umfang ansteigen. Die Kosten aus der Erhöhung der Projektivität für das Jahr 2016 betragen Mio. € 10,7.

2. Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken werden wesentlich durch den Mittelzufluss aus Beitragseinnahmen unserer Mitglieder bestimmt. Diese Beiträge werden nach Abzug der Verwaltungskosten für laufende Rentenzahlungen verwendet und der Liquiditätsüberschuss dem Sicherungsvermögen zugeführt. Die prospektive Schätzung der Mittelzuflüsse und die Bewertung der Altersstruktur des Versichertenbestandes sind die Hauptdeterminanten des Anlagehorizontes für die Vermögensanlage und den dort anwendbaren Strategien. Sie sind Bestandteil des Asset-Liability-Managements. Übersteigen in Zukunft die laufenden Rentenzahlungen die laufenden Beitragseinnahmen, sind veränderte strategische und taktische Ziele mit geeigneten Maßnahmen im Rahmen der Vermögensanlagepolitik zu implementieren, welche die Risikodiversifikationsfähigkeit auf der Zeitachse einschränken.

3. Portfoliorisiken

Im Bereich der strategischen Vermögensanlagepolitik gelten die Bemühungen weiterhin dem Ausbau des Risikodiversifikationsgrades. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass eine Risikodiversifikation über traditionelle Assetklassen und Wirtschaftsräume eine Scheindiversifikation darstellt. Im Krisenfälle korrelieren sowohl Assetklassen als auch Wirtschaftsräume weitgehend vollständig.

Ein Risikoreduktionspotential kann nur durch den strategischen Aufbau von alternativen Assetklassen erreicht werden, die mit den bisherigen Investments vom Charakter der externen Fondsanlagen nicht korreliert sind. Die Performance-Verantwortung obliegt dem Fondsmanagement im Rahmen der gesetzten Anlagerichtlinien. Diese beinhalten größtenteils eine Ausrichtung des Fondsmanagements auf die Generierung von ordentlichen Erträgen. Direkte Eingriffe der Geschäftsführung in das Fondsmanagement erfolgen nicht.

Bilanzanalyse

Verkürzte Bilanz in Mio. €:

	Aktiva		Passiva
A. Kapitalanlagen	4.328,29	A. Rücklagen für schwankenden Bed.	405,21
B. Forderungen	14,52	B. Vers.techn. Rückstellungen	4.104,46
C. Sonstiges Vermögen	148,67	C. Nicht vers.techn. Rückstellungen	0,29
D. Rechnungsabgrenzung	19,19	D. Verbindlichkeiten	0,71
		E. Rechnungsabgrenzung	0,00
	4.510,67		4.510,67

A. Kapitalanlagen und Risikotragfähigkeit

Der Buchwert der Kapitalanlagen erhöhte sich von Mio. € 4.075,21 im Vorjahr um 6,2 % auf Mio. € 4.328,29.

Im Bereich Kapitalanlagen liegen vereinzelt Zeitwerte von Anteilsscheinen unter den Anschaffungskosten in Höhe von Mio. € 13,4.

Zeitwerte oberhalb der Anschaffungskosten zeigen sich in Höhe von

Grundstücke	6,1 Mio. €
Beteiligungen	20,5 Mio. €
Spezial-Investmentvermögen	158,5 Mio. €
Andere Festverzinsliche Wertpapiere	21,2 Mio. €
Namenschuldverschreibungen	51,5 Mio. €
Schuldscheinforderungen und Darlehen	31,7 Mio. €
Insgesamt	289,5 Mio. €

Saldiert überschreiten die Zeitwerte die Anschaffungskosten in Höhe von Mio. € 276,1.

Das Kapitalanlagevermögen wird mit den Bestandteilen der zulässigen Kapitalanlagen nach Anlageverordnung den versicherungstechnischen Rückstellungen, ohne die Rückstellung für Leistungsverbesserung und der Rücklage für schwankenden Bedarf, gegenübergestellt. Nach Vorgabe der ABV zur zweckmäßigen Ausgestaltung eines Risikomanagementsystems sollen 6% der jeweiligen Deckungsrückstellung einem Sicherheitsbetrag zugeordnet werden (entspricht Mio. € 246,3). Im Einzelnen wird über die Vorgabe der ABV zum Risikomanagementsystem im Risiko- und Chancenbericht, siehe Seite 22 berichtet.

	2015	2016	2015	2016
	EUR	EUR	Verhältnis	Verhältnis
Sicherungsvermögen	4.227.413.135,39	4.508.836.426,18	108,90	109,9
Versicherungstechnische				
Rückstellungen	3.881.867.460,15	4.104.618.524,52	100,00	100,00
Überhang	345.545.675,24	404.217.901,66		

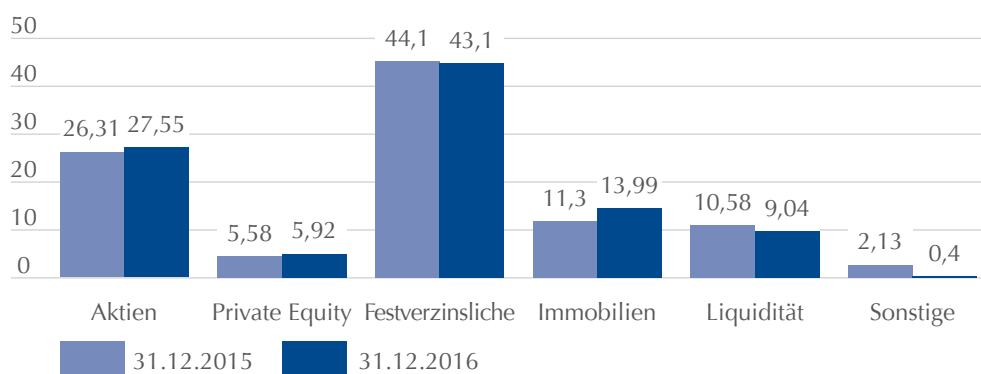
Auch unter Einbeziehung der nicht vorgenommenen Abwertungen i.H.v. Mio. € 13,4 auf die Kapitalanlagen ergibt sich ein positiver Überhang mit Mio. € 390,8.

Das Sicherungsvermögen soll größer sein als die zu erwartenden Belastungen aus den genannten versicherungstechnischen Posten. Die dargestellten positiven Zahlen berichten über die positive Erledigung dieser versicherungstechnischen Grundbedingung.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden folgende wesentliche Transaktionen getätigt, welche die Liquiditätspositionen in entsprechender Höhe netto veränderten:

- Einzahlung in eine neue Immobilien-Kommandit-Beteiligung i.H.v. Mio. € 84.
- Bedienung von Kapitalabrufen der unter Beteiligungen geführten Immobilienbeteiligungsgesellschaften und Private-Equity-Gesellschaften. Diese wurden mit Mio. € 1,3 zu Lasten der Liquiditätspositionen ausgeführt. Die kontrahierten Auszahlungsverpflichtungen sind teilweise noch zu Lasten der Liquiditätspositionen zu erbringen; siehe unten unter Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Anhang, Seite 60).
- Einzahlung in bestehende Immobilien-Investmentvermögen i.H.v. Mio. € 39,7.
- Einzahlung in ein neues Immobilien-Investmentvermögen i.H.v. Mio. € 26,7.
- Einzahlung in ein neues Private Equity Investmentvermögen i.H.v. Mio. € 12,4.
- Wiederanlage der Ausschüttungen aus den Investmentvermögen in Höhe von Mio. € 127,0.

Die Struktur der Kapitalanlagen änderte sich im Berichtsjahr gegenüber Vorjahr in Prozent wie folgt: (vgl. Abbildung)



B. Forderungen

Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern betragen € 7.391.247,58, davon wurden € 4.901.414,19 Beitragszahlungen im Januar 2017 eingezogen. Weiterhin sind die vorausgezählten Rentenleistungen für Januar 2017 i.H.v. € 7.025.713,71 sowie Forderungen aus Betriebskosten in der Position Aktiva A I. i.H.v. € 100.792,26 enthalten.

C. Rücklage für schwankenden Bedarf

Im Geschäftsjahr 2016 wurde der Überschuss in Höhe von € 58.988.206,88 gemäß §10a Abs. 4 der Satzung der Rücklage für schwankenden Bedarf zugeführt.

D. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen bestehen aus der Rückstellung für zukünftige Leistungen (Deckungsrückstellung) i.H.v. € 4.104.457.974,00.

E. Sonstige Verbindlichkeiten

Sie betreffen hauptsächlich Lieferantenrechnungen in Höhe von € 424.763,24 welche innerhalb einer Restlaufzeit von einem Jahr fällig sind.

Liquidität und Finanzierung

Durch die von uns laufend durchgeführte Liquiditätsplanung stellen wir die Erfüllung unserer finanziellen Verpflichtungen an unsere Versicherungsnehmer sicher.

Risiko- und Chancenbericht

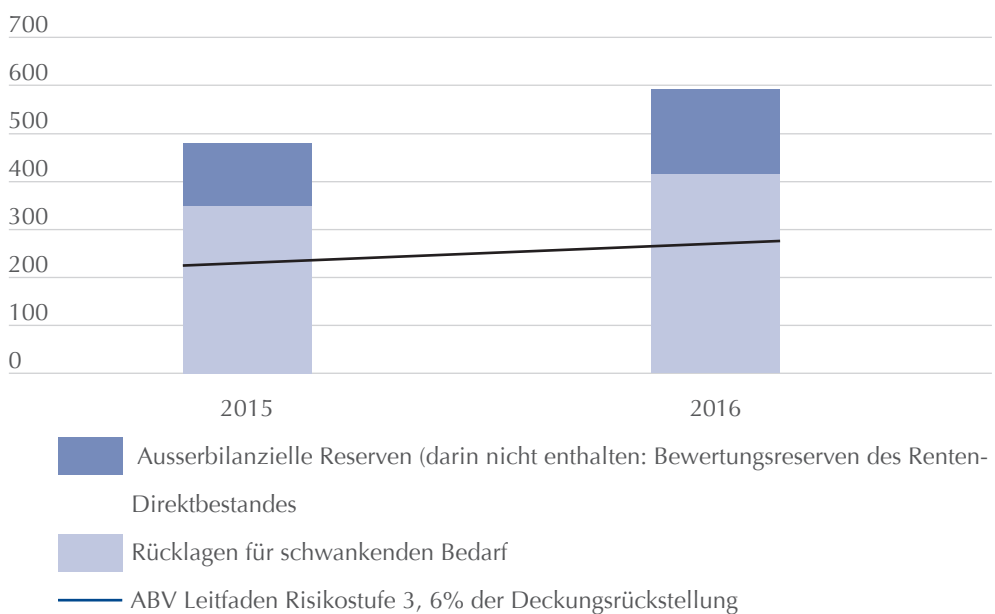
Die Kapitalallokation wird gemäß der jeweils gültigen Geschäftsordnung des Versorgungswerks vom internen Anlageausschuss verantwortet (Zuweisung von Kapital und Festlegung des Limits). Die strategischen Risikostandards definiert ebenfalls der interne Anlageausschuss. Die Geschäftsstelle, mit entsprechender organisatorischer Trennung, führt die Mittel aufgrund genehmigter Transaktionen den entsprechenden Investments zu.

Die bundesrechtlichen Vorgaben zur Einrichtung eines Risikomanagements gelten nicht für die

Versorgungswerke der Freien Berufe, da diese bekanntlich der alleinigen Gesetzgebungskompetenz der Länder unterliegen. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg hat angeordnet, dass ein Risikomanagementsystem gemäß dem Konzept der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungswerke (ABV) einzurichten ist. Die ABV hat ein auf das System der Versorgungswerke zugeschnittenes Konzept zur Einrichtung eines Risikomanagementsystems und Risikoberichterstattung entwickelt. Hierbei wird allen Kapitalanlageinstrumenten eine Risikokennziffer von 1 bis 3 zugeteilt, um dann auf Gesamtvermögensebene das Risiko des Versorgungswerkes in eine dieser drei Risikokennziffern entsprechende Risikostufe einzuordnen. Die Risikostufe bestimmt den Umfang der vorzuhaltenden Risikorückstellungen. Hierfür dient die Rücklage für schwankenden Bedarf. Bewertungsreserven auf Kapitalanlagen dürfen ebenfalls angerechnet werden. Die Risikostufen stellen dabei unterschiedliche Anforderungen an das Risikomanagement.

Bei keinem bis geringem Risiko ergibt sich die Kennziffer 1, in der 2,5 % der Deckungsrückstellung als Risikorückstellung vorgehalten werden müssen, bei mäßigem Risiko ergibt sich Kennziffer 2, in der sich die Risikorückstellung auf 4 % erhöht. Bei hohem Risiko folgt eine Einstufung in die Risikostufe 3, in der zu der nochmals erhöhten Risikorückstellung in Höhe von 6 % weitere Maßnahmen, z.B. Durchführung eines Stresstests, ergriffen werden sollen.

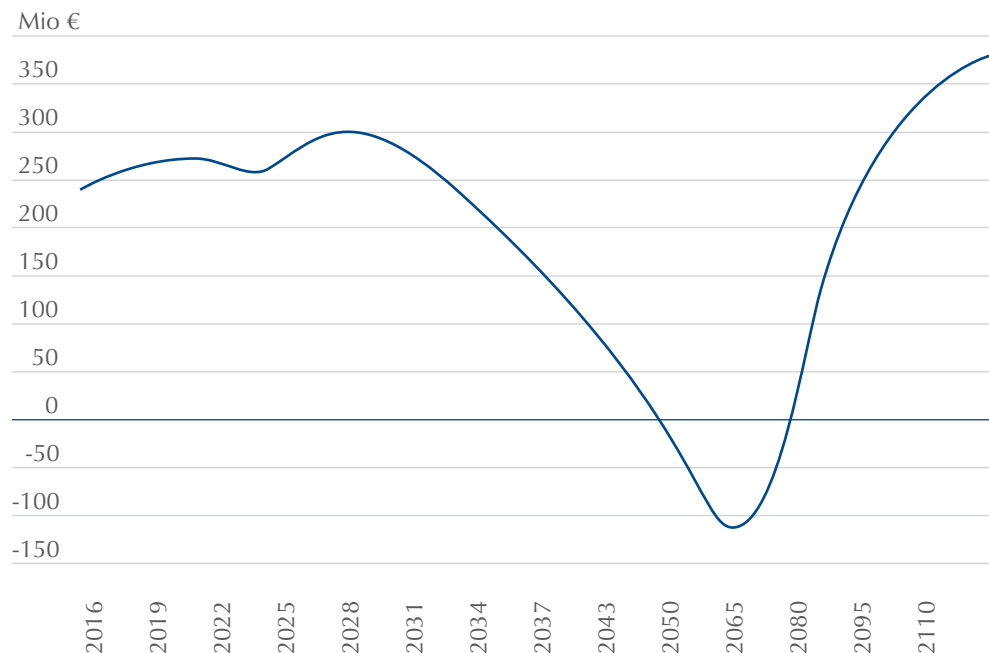
Risikotragfähigkeit nach ABV Leitfaden in Mio. €



Das Versorgungswerk der Architektenkammer Baden-Württemberg (VWDA), als rein kapitalgedecktes Versorgungssystem, hat den Risikomanagementansatz der ABV zwar aufgegriffen, jedoch den eindimensionalen Charakter und die daraus resultierenden Gefahren eines rein auf die Reservensituation abstellenden Risikomanagementsystems inhaltlich weiterentwickelt. Dabei wurden drei Risikodimensionen definiert: 1. Der Anlagehorizont, das heißt die Zeit, in der das investierte Kapital nicht benötigt wird, ermöglicht das Diversifizieren von Risiken auf der Zeitachse und wird aus dem Cashflow-Profil des VWDA abgeleitet. 2. Der Ausfinanzierungsgrad an ordentlichen Erträgen (Mieten, Zinsen, Dividenden) bestimmt über das Risikomoment und bietet eine Risikofrüherkennungssystematik für die strategische Asset Allokation. 3. Der Bestand an bilanziellen und außerbilanziellen Reserven legt das Niveau der taktischen Risikotragfähigkeit fest.

Der Anlagehorizont des VWDA, der sich aus dem versicherungstechnischen Cash-Flow-Profil und kalkulatorischen Kapitalanlagerenditen ableitet, ist, wie nachfolgend abgebildet, im Projektionszeitraum nahezu stetig positiv.

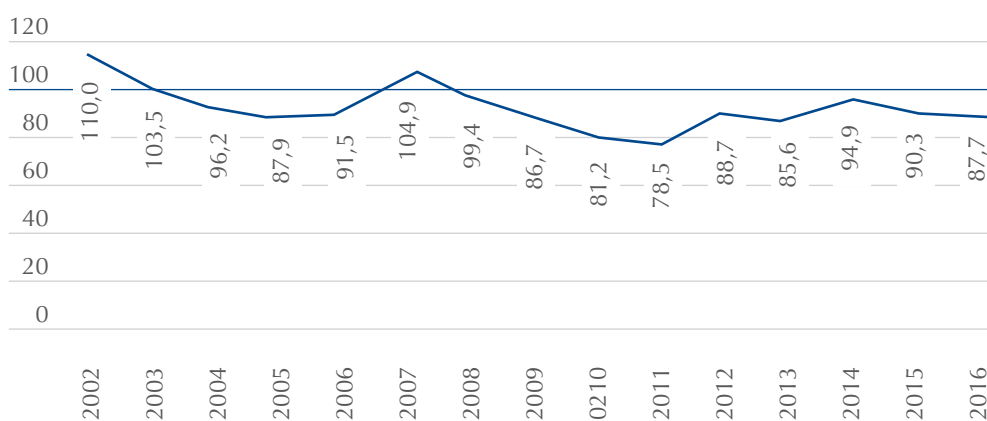
Versicherungstechnischer Cash Flow (offener Bestand) 500 Mitglieder: Bruttozugang p.a., Verwaltungskosten: 5 % p.a., Kapitalanlagenrendite: 4 % p.a., ohne Leistungsanhebung



Auch ohne Berücksichtigung der Kapitalanlageerträge und unter Annahme eines geschlossenen Bestandes ist der versicherungstechnische Cash-Flow >10 Jahre positiv.

Die anhaltende Niedrigzinsphase in der Eurozone beeinträchtigt jedoch stark die Fähigkeit der Erwirtschaftung von sicher kalkulierbaren sogenannten „ordentlichen Erträgen“, wie Zinsen, Dividenden und Mieterträgen etc. oberhalb des kalkulatorischen Rechnungszinses. Im Zuge des stetig rückläufigen Zinsniveaus ist der Ausfinanzierungsgrad an ordentlichen Erträgen seit 2004 unter 100 % gesunken, mit fallender Tendenz. In den letzten Jahren musste somit die Organisation der Kapitalanlagenverwaltung weg von extern gemanagten Wertpapierspezialfonds hin zu mehr Eigenverwaltung der Kapitalanlagen vorgenommen werden. Ebenfalls galt es, die erodierenden Zinserträge zu substituieren. Assetklassen mit gut kalkulierbaren Erträgen wie Immobilieninvestments und Infrastrukturinvestments wurden ausgebaut. Der Ausfinanzierungsgrad durch ordentliche Erträge zeigt aufgrund der Niedrigzinspolitik der EZB weiteren Stabilisierungsbedarf.

Ausfinanzierungsgrad an ordentlichen Erträgen in %



Aufgrund des gegebenen langfristigen Anlagehorizontes, der Ausstattung mit bilanziellen und stillen Reserven und der ausreichende Ausfinanzierungsgrad durch ordentliche Erträge, besteht ausreichende Risikotragfähigkeit für die Risikoklasse 3 nach dem Konzept der ABV. Die Möglichkeiten der Kapitalanlage, welche das Versicherungsaufsichtsgesetz vorsieht, können auch im laufenden Geschäftsjahr 2017 voll ausgeschöpft werden.

Asset-Liability-Modellierungen unseres Kapitalanlagenbestandes zeigen jedoch, dass je nach Dauer der Niedrigzinsphase der Ausfinanzierungsgrad durch ordentliche Erträge langfristig signifikant sinken wird. Die kalkulatorischen Rechnungsannahmen werden allein durch ordentliche Erträge in einem dauerhaften Niedrigzinsumfeld nicht mehr finanzierbar sein. Die Vereinnahmung von außerordentlichen Erträgen innerhalb von Spezial-Sondervermögen gewinnt künftig stark an Gewichtung und macht weitere Anpassungen der Kapitalanlagenverwaltung notwendig. Die eigene taktische Handlungsfähigkeit wird deshalb weiter gestärkt und die dafür erforderlichen Maßnahmen bereits umgesetzt.

Die Situation an den weltweiten Kapitalmärkten macht allerdings auch die Vereinnahmung von Risikoprämien mittelfristig immer herausfordernder. Das zu erwartende Szenario eines längerfristig anhaltenden Niedrigzinsniveaus wird nicht allein durch das Ausschöpfen von Rentabilitätspotentialen bei den Kapitalanlagen aufzufangen sein und erfordert darüber hinaus eine Anpassung der kalkulatorischen Rechnungsgrundlagen. Ein Vorschlag der Geschäftsführung, den Verrentungszins für neue Beiträge ab 01.01.2018 aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus zu verändern, liegt den Gremien des VWDA zur Beschlussfassung vor.

Die Jagd der Investoren nach Renditen führt zu einem Preiswettbewerb und einer Fehlpreisung von Risiken. Stark gesunkene Prämien für Illiquidität sind hier ein Beispiel. Lediglich Komplexität wird aktuell noch durch Mehrrenditen (Komplexitätsprämien) vergütet.

Grundsatz der strategischen Ausrichtung des Versorgungswerkes ist das frühzeitige Erkennen von Ereignissen und Rahmenbedingungen, die insgesamt den Fortbestand des Versorgungswerkes und die Erfüllung der erworbenen Anwartschaftsverpflichtungen gefährden könnten sowie deren Management im Zeitablauf. Darüber hinaus ist die Sicherstellung eines vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Verhältnisse an den Kapitalmärkten angemessenen Leistungsniveaus Gegenstand des strategischen Kapitalanlage- und Risikomanagements. Risikomanagement wird somit nicht isoliert betrachtet, sondern integriert im Rahmen eines Risiko-Ertragsmanagements.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden Chancen und Risiken mit wesentlichem Einfluss auf das Leistungsniveau des Versorgungswerkes durch Ihre Wirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Risikokategorien unterteilt und im taktischen Risikomanagementprozess gemanagt:

a) Versicherungstechnische Risiken

Biometrische Rechnungsgrundlagen können sich einerseits im Laufe der Zeit signifikant verändern und andererseits kann die tatsächliche Entwicklung von den kalkulatorischen Annahmen abweichen. Beide Risikofaktoren führen zu langfristigen finanziellen Verpflichtungen, die kalkulatorisch entweder gar nicht abgebildet oder nicht durch die Vermögensanlagebestände des Sicherungsvermögens gegenfinanziert wären. Zu den biometrischen Rechnungsgrundlagen zählen insbesondere die Entwicklung der Lebenserwartung nach den berufsständischen Sterbetafeln, Invalidisierungs- und Sterbewahrscheinlichkeiten. In Folge wird die tatsächliche Entwicklung laufend mit den kalkulatorischen Annahmen abgeglichen.

Die versicherungsmathematischen Rechnungsabschlüsse werden nach dem Anwartschaftsbarwertdeckungsverfahren durchgeführt. Der Leistungsplan des Versorgungswerkes

sieht vor, dass jeder Beitrag seinem versicherungsmathematischen Wert im Zeitpunkt der Beitragszahlung entsprechend bewertet wird (echtes Einmalprämiensystem). Daraus ergibt sich, dass das am Bilanzstichtag vorhandene Vermögen ausreichen muss, um die bis zu diesem Zeitpunkt erworbenen Anwartschaften und den Barwert der laufenden Leistungen zu decken. Dieses Finanzierungssystem erfordert eine im Gegensatz zum offenen Deckungsplanverfahren stetige Ertragsentwicklung mindestens in Höhe des kalkulierten Rechnungszinses.

Die Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungswerke hat beim Versicherungsmathematischen Büro Heubeck neue berufsständische Sterbetafeln in Auftrag gegeben, die im Jahre 2006 veröffentlicht wurden und in vielen Versorgungswerken durch Anordnung der jeweiligen Landesaufsichtsbehörden erstmals zum Bilanzstichtag 2007 Anwendung fanden.

b) Kapitalanlagerisiken

Im Rahmen des Asset-Liability-Managements besteht das größte Risiko für ein kapitalgedecktes berufsständisches Versorgungswerk darin, dass der Nettokapitalertrag zur Bedienung der erworbenen Ansprüche aus Rentenanwartschaften aktuell und zukünftig nicht erreicht wird. Zu identifizieren und zu steuern sind auf der Kapitalanlageseite im Gegensatz zu den oben beschriebenen versicherungstechnischen Risiken sämtliche Risiken, die das Vermögen nach Marktpreisen und/ oder die Nettokapitalerträge schmälern. Dies sind insbesondere Marktpreis-, Liquiditäts- und Adressausfallrisiken. Ihnen wird mit einer langfristig ausgerichteten Vermögensanlagepolitik, der konsequenten Umsetzung aufsichtsrechtlicher Vorgaben und Maßnahmen eines modernen, an die Verhältnisse des Versorgungswerks der Architektenkammer angemessenen Risikomanagements in einer aktuell dreidimensionalen Ausgestaltung begegnet.

Die Marktpreis- und Liquiditätsrisiken beinhalten Kurswertänderungsrisiken, Zinsänderungsrisiken bei Wertpapieren des Anlagevermögens, sowie Zeitwertänderungsrisiken im Bereich der Immobilienanlagen. Deren Eintreten in Form von Wertverlusten kann zu Abschreibungen im Bereich der Vermögensanlage führen, wenn die Wertverluste als dauerhaft zu klassifizieren sind.

Adressausfallrisiken bezeichnen Wertverluste und damit verbundene Abschreibungen im Bestand der sonstigen Kapitalanlagen auf Grund von Schuldnerinsolvenzen oder Herabstufungen des Schuldners in dessen Kreditwürdigkeit und Bonitätseinstufung (Rating).

Das Kapitalmarktzinsniveau lag auch im Geschäftsjahr 2016 unter dem kalkulatorischen Rechnungszins in Höhe von 4%. Die Renditen 10-jähriger Bundesanleihen lagen im Durchschnitt bei ca. 0,13% und die Rendite 30-jähriger Bundesanleihen durchschnittlich bei ca. 0,78%.

Im Rahmen von Asset-Liability-Analysen wird das Erreichen von kalkulatorischen Mindestrenditen im Zeitablauf fortwährend überprüft. Prospektiv erfolgt dabei eine Simulation verschiedener Bestands- und Marktpreisszenarien bei denen die Entwicklung der Aktiv- und Passivseite und im Ergebnis das Renditeverhalten quantifiziert wird. Es zeigt sich, dass aufgrund des niedrigen Zinsniveaus die Erwirtschaftung von Überrenditen in der mittelfristigen Zukunft nur noch schwer möglich sein wird. Einer aktiven Steuerung des Marktpreisrisikos im Bereich der Aktienanlagen innerhalb der Spezial-Sondervermögen kommt daher eine wachsende Bedeutung zu. Als wesentliches Steuerungsinstrument kommen vermehrt derivative Finanzinstrumente zum Einsatz. Im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere, sonstigen Ausleihungen und anderen Kapitalanlagen, wird der Direktbestand zu Lasten der Spezial-Sondervermögen weiterhin opportunistisch ausgebaut. Ebenfalls zu Lasten der Wertpapier-Spezial-Sondervermögen wird die indirekte Immobilienanlage im Core und Core+ -Segment (Instrument: Immobilien-Spezialsondervermögen) intensiviert sowie um Infrastrukturinvestments erweitert.

Das strategische Risikomanagement beschäftigt sich mit verschiedenen Parametern des Asset-Liability-Managements. Abhängig von der Risikotragfähigkeitstoleranz werden Zinsänderungs- und Kurswertänderungsrisiken (Marktpreisrisiken) sowie Liquiditätsrisiken im Rahmen der durch die Aufsichtsbehörde zulässigen Möglichkeiten auf Einzelfondsebene bestmöglich minimiert. Um Chancen wahrnehmen zu können sind Risiken jedoch nicht gänzlich vermeidbar. Insbesondere die für ein erfolgreiches Kapitalanlagenmanagement erforderlichen antizyklischen Investitionsentscheidungen sind in ihrem Chancen-Risiko-Profil über ihre Gesamtlaufzeit hin zu beurteilen. Die Erfordernis, diese Risiken einzugehen und ihre Beurteilung über eine Diversifikation auf der Zeitachse vorzunehmen sind ein wesentlicher Bestandteil des Risikotragfähigkeitskonzepts des VWDA.

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 ist offensichtlich, dass sich das gesamte Wirtschaftssystem in einer System-Krise befinden könnte. Das Eintreten von seltenen Ereignissen (sog. „Tail-Events“), die in ihrer Wirkung unabsehbare Folgen zu entwickeln vermögen (z.B. den Zusammenbruch der marktwirtschaftlichen Wirtschaftssysteme, Weltwirtschaftskrise, Naturkatastrophen und ähnliche Sachverhalte), können ähnliche systemgefährdende Auswirkungen entwickeln.

Solche „Tail-Event“-Risiken können in Bezug auf die Vermögensschäden nicht mit den herkömmlichen finanzmathematischen Risikomodellen modelliert werden. Methoden der Extremwerttheorie sind für die Modellierung heranzuziehen. Dies führt jedoch letztendlich immer zu einem utopischen vorzuhaltenden Reservenpolster. Eine Ableitung der Risikotragfähigkeit alleine aus bilanziellen und außerbilanziellen Reserven reicht jedoch nicht aus, um Extremereignisse, die in ihrer Schadenswirkung weit über die Möglichkeiten von finanziellen Reserven hinausgehen, abdecken zu können. Die Risikotragfähigkeitskonzeption wird daher beim VWDA nicht nur auf Reserven bezogen, sondern auch auf die Gültigkeit eines angemessenen Anlagehorizontes und auf den Ausfinanzierungsgrad des Rechnungszinses durch sog. ordentliche Erträge (Zinsen, Dividenden, Mieten). Im äußersten Extremfall kann dem Systemrisiko bei Eintreten nur mit einer Adaption des Finanzierungsverfahrens und Anpassungen im Leistungsrecht begegnet werden.

b1) Immobilienanlagen

Das Zeitwertänderungsrisiko der Immobilienanlagen samt möglichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist aufgrund der steigenden Gewichtung als wesentlich einzustufen.

b2) Anlagen in Wertpapier Spezial-Sondervermögen

Ab 01.01.2013 kommen die Vorschriften zur Vermögensanlage gemäß § 54 VAG a.F. in Verbindung mit der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens (AnIV) des Bundesaufsichtsamtes für das Finanzwesen (BaFin) zur Anwendung.

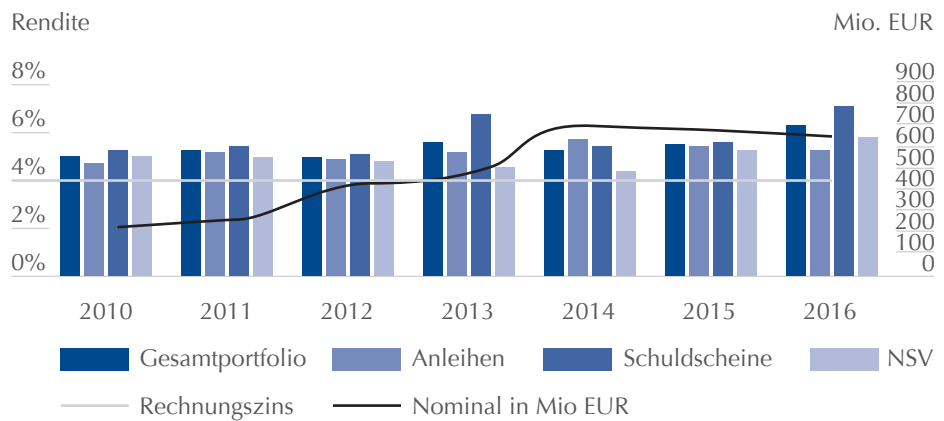
Für die Anlagen in Investmentvermögen wurden mit externen Verwaltungsgesellschaften Anlagegrundsätze vertraglich vereinbart, die den Anforderungen der ABV sowie der Anlagestrategie des VWDA entsprechend zulässige Investitionen als auch Limitierungen festlegen. Die für Investmentvermögen geltenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften, die unter anderem die Zuständigkeiten und Pflichten von Verwaltungsgesellschaften und Verwahrstellen definieren, sind im Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) festgelegt. Ein angemessenes Risikomanagementsystem, dass die für die jeweilige Anlagestrategie wesentlichen Risiken erfassen, messen, steuern und überwachen kann liegt in der durch die Aufsicht überwachten Verantwortung der Kapitalverwaltungsgesellschaft.

Um bei der Auswahl von Investmentvermögen, Verwaltungsgesellschaften und externen Managern der nötigen Sorgfalt zu entsprechen, ist beim VWDA ein Due Diligence Prozess implementiert. Im Bedarfsfall wird zur Beurteilung von rechtlichen und wirtschaftlichen Risiken das Expertenwissen von Wirtschaftsprüfern und Fachkanzleien hinzugezogen.

b3) Direktanlagen

Der Direktbestand an qualitativ hochwertigen festverzinslichen Wertpapieren dient der sicheren Erwirtschaftung von über dem Rechnungszins liegenden Kuponrenditen. Die Bestände halten wir bis zur Endfälligkeit (Buy and Hold Strategie), es sei denn, unser Risikomanagementsystem zeigt uns negative Veränderungen der Bonität bzw. der Bonitätseinschätzung unserer Schuldner an. Die Papiere des Direktbestandes sind dem Anlagevermögen zugeordnet und werden gemäß § 341b HGB nur bei dauerhafter Wertminderung abgeschrieben.

Aufgrund der Buy and Hold Strategie entstehen Abschreibungsrisiken lediglich durch Bonitätsverschlechterungen. Wir haben im Geschäftsjahr 2016 keine diesbezüglichen Abschreibungen vorgenommen. Die Ratingeinstufungen der Papiere liegen im Wesentlichen gemäß den Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes im Bereich „Investment-Grade“. Der Bestand enthält keine komplex strukturierten auf Hypotheken- oder andere (Verbraucher-)Kredite bezogene Produkte oder Kreditderivate. Der Bestand an Nachranganleihen ist unwesentlich. Nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung des Direktbestandes in einem Szenario, in welchem alle variablen Kupons gleich null gesetzt werden (worst-case-Betrachtung):



Über die Vermögensanlage ist der Versicherungsaufsicht (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg) gemäß § 54d a.F. VAG vierteljährlich hinsichtlich der Einhaltung von Mischungs- und Streuungsgrenzen zu berichten. Durch die Bindung an die Bestimmungen des VAG sollen möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Diversifikation erreicht werden.

c) Operationelle Risiken

Risiken aus fehlerhaften Abläufen werden über ein umfassendes Sicherungssystem und interne Kontrollen minimiert. Hierzu wurden geeignete technische und organisatorische Maßnahmen entwickelt, die kontinuierlich angepasst, verbessert und erweitert werden. Diese sind in den Controlling-Prozess eingebunden und werden an die sich durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement erweiterten Gegebenheiten laufend anzupassen sein. Die Geschäftsfelder Handel, Abwicklung/ Kontrolle sind organisatorisch getrennt. Das Berichtswesen erfolgt völlig unabhängig und ist durch die Entscheidungsträger nicht beeinflussbar.

Betriebsrisiken ablaufstruktureller Art, bspw. im Bereich der EDV, werden durch umfassende interne und externe Datensicherungen minimiert. Entsprechende Zugangs- und Zugriffskontrollen sind installiert und werden regelmäßig überprüft. Protokollierungsmaßnahmen bei Software- und Hardwareanpassungen finden regelmäßig statt.

d) Rechtsrisiken

Zum Berichtszeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die durch eine Veränderung des rechtlichen Umfelds des Versorgungswerks der Architektenkammer Baden-Württemberg (VWDA) induziert sind oder sein könnten. Eine Gefährdung des Fortbestands des VWDA oder die Vermögens- Finanz- und Ertragslage gefährdende Rechtsrisiken bestehen nicht. Auch auf politischer Ebene sind keine den Bestand des VWDA gefährdenden Entwicklungen zu erkennen. Politische Risiken, welche den Zugang neuer Mitglieder zum Versorgungswerk erschweren können, werden hinsichtlich Ihrer Auswirkungen auf die Vermögens- Finanz- und Ertragslage modelliert. Betrieblich bedingten Rechtsrisiken wird durch Sicherstellung eines geeigneten Arbeitsablaufs bezüglich der Außenwirkung und dem Einsatz von hoch spezialisierten externen Fachjuristen begegnet. Um Rechtsrisiken und damit verbundene Haftungsfragen in Verbindung mit menschlichen Fehlverhalten (dolose, grob fahrlässige und fahrlässige Handlungen) der Mitarbeiter und Mitglieder der Gremien des Versorgungswerks zu beurteilen, wurde im Geschäftsjahr 2010 ein Rechts-Gutachten beauftragt. Der Versicherungsstatus des VWDA, seiner Gremienmitglieder und leitenden Angestellten wurde den modernen Rechtstatbeständen zum Schutze der Vermögensmasse des VWDA im Geschäftsjahr 2011 angepasst.

Andere Tätigkeiten der Verwaltung

Im Geschäftsablauf des Geschäftsjahres 2016 erfüllte die Verwaltung, neben der Unterstützung und Beratung der Selbstverwaltungsgremien in betriebswirtschaftlichen und versicherungsmathematischen Fragestellungen sowie Fragen der Vermögensverwaltung und des strategischen Risikomanagements, ihre satzungsmäßigen Aufgaben und betreute die Mitglieder und Versorgungsempfänger des VWDA.

Der Verwaltungskostensatz beträgt 1,3 % der verdienten Beiträge. Damit liegt das tatsächliche Ergebnis weiterhin unter dem in den Rechnungsgrundlagen angenommenen Satz von 5 %.

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen:

Werden im Rahmen dieses Geschäftsberichts Prognosen oder Erwartungen geäußert oder die Zukunft betreffende Aussagen getätigt, können diese Aussagen mit bekannten und unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Tatsächliche Ergebnisse und Entwicklungen können daher wesentlich von den geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Neben weiteren hier nicht angeführten Gründen ergeben sich eventuell Abweichungen aus Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, dem Rechtsumfeld und der Entwicklung des Berufsstandes der Architekten und der anderen verkammerten Berufe mit berufsständischen Versorgungswerken. Dies betrifft insbesondere Entwicklungen der oder in der Architektenkammer Baden-Württemberg. Abweichungen resultieren ferner aus dem Ausmaß und der Häufigkeit von Versicherungsfällen, insbesondere im Bereich der Berufsunfähigkeitsversicherung, Sterblichkeitsraten und anderer hier nicht genannter biometrischer Faktoren und deren tendenzielle Entwicklung. Auch die Entwicklungen der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte, sowie nationale wie internationale Gesetzesänderungen, insbesondere im Bereich der Versicherungsaufsicht, der Sozial- und Steuergesetzgebung können einen Einfluss ausüben. Terroranschläge und Katastrophen können die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von Abweichungen erhöhen. Das Versorgungswerk der Architektenkammer Baden-Württemberg übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsbezogenen und ferner in die-sem Geschäftsbericht enthaltenen Aussagen zu aktualisieren. Soweit wir in diesem Geschäftsbericht zukünftige Entwicklungen darstellen, übernehmen wir für deren Eintritt keine Haftung. Diese Darstellungen erfolgen auf Grund besonderer Sorgfalt und entsprechend unserem derzeitigen Kenntnisstand.

Bilanz zum 31.12.2016

Aktiva

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene Konzessionen,
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte
sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

B. Kapitalanlagen

- I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten
einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
 - II. Beteiligungen
 - III. Sonstige Kapitalanlagen
 - 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
 - 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
 - 3. Sonstige Ausleihungen
 - a) Namensschuldverschreibungen
 - b) Schuldscheinforderungen und Darlehen
-

Kapitalanlagen insgesamt

C. Forderungen

- I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
 - II. Sonstige Forderungen
- Forderungen insgesamt
-

D. Sonstige Vermögensgegenstände

- I. Sachanlagen
 - II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand
 - III. Andere Vermögensgegenstände
- Sonstige Vermögensgegenstände insgesamt
-

E. Rechnungsabgrenzungsposten

- I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten
 - II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten
- Rechnungsabgrenzungsposten insgesamt
-

Summe der Aktiva

Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
	0,00	0,00
	15.512.654,02	15.807.908,21
	139.284.143,22	54.039.242,81
3.454.709.650,18		3.248.918.311,45
151.075.910,00		156.309.835,00
396.030.467,08		345.437.804,15
171.682.120,90		254.700.814,17
	4.173.498.148,16	4.005.366.764,77
	4.328.294.945,40	4.075.213.915,79
7.391.247,58		6.583.412,78
7.126.505,97		6.803.000,87
	14.517.753,55	13.386.413,65
434.494,74		258.626,13
148.196.633,63		118.644.460,98
38.482,17		63.989,53
	148.669.610,54	118.967.076,64
19.072.010,29		21.173.055,05
122.274,71		121.050,40
	19.194.285,00	21.294.105,45
	4.510.676.594,49	4.228.861.511,53

Passiva

A. Rücklage für schwankenden Bedarf

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Deckungsrückstellung

C. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

II. Sonstige Rückstellungen

D. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

II. Sonstige Verbindlichkeiten

- davon aus Steuern Euro 47.201,04 (Euro 38.989,03)

- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 3.078,59 (Euro 1.784,12)

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Summe der Passiva

Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
	405.210.462,79	346.222.255,91
	4.104.457.974,00	3.881.617.209,00
224.727,00		176.437,00
70.000,00		70.000,00
	294.727,00	246.437,00
159.500,52		247.511,15
552.880,18		525.358,47
	712.380,70	772.869,62
	1.050,00	2.740,00
	4.510.676.594,49	4.228.861.511,53

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2016 bis 31.12.2016

I. Versicherungstechnische Rechnung

- 1. Verdiente Beiträge
- 2. Entnahme aus der Rückstellung für Leistungsverbesserung
- 3. Erträge aus Kapitalanlagen
 - a) Erträge aus Beteiligungen
 - b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
 - ba) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
 - bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
 - c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
- Erträge aus Kapitalanlagen insgesamt
- 4. Sonstige versicherungstechnische Erträge
- 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung
 - a) Zahlungen für Versicherungsfälle
- 6. Veränderungen der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen
 - a) Deckungsrückstellung
- 7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb
 - a) Verwaltungsaufwendungen
- 8. Aufwendungen für Kapitalanlagen
 - a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen
 - b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
 - c) Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen
- Aufwendungen für Kapitalanlagen insgesamt

9. Versicherungstechnisches Ergebnis

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

- 1. Sonstige Erträge
- 2. Sonstige Aufwendungen
- 3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit
- 4. Einstellung in die Rücklage für schwankenden Bedarf
 - a) in die Rücklage für schwankenden Bedarf

5. Bilanzgewinn

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Euro	Euro	Euro
	195.499.473,96	183.309.346,47
	0,00	330.329.004,21
	0,00	230.528,16
889.988,07		785.364,40
170.025.279,75	170.915.267,82	170.922.344,68
	10.256.567,86	424.455,00
	181.171.835,68	172.362.692,24
	57.860,73	115.216,64
	87.796.642,35	82.892.905,33
	222.840.765,00	252.791.997,00
	1.613.093,71	1.398.972,94
	4.776.773,46	2.023.998,63
	478.252,58	471.438,85
	0,00	105.890,43
	5.255.026,04	2.601.327,91
	59.223.643,27	346.431.056,38
	27.838,00	27.600,00
	263.274,39	236.400,47
	58.988.206,88	346.222.255,91
	58.988.206,88	346.222.255,91
	0,00	0,00

Allgemeine Angaben zum Anhang

Rechtsgrundlagen

Durch das Architektengesetz in der Fassung vom 28. März 2011 kann das Versorgungswerk im Rechtsverkehr unter eigenem Namen handeln, klagen und verklagt werden.

Das Versorgungswerk der Architektenkammer Baden-Württemberg ist eine wirtschaftlich selbstständige Einrichtung der Architektenkammer Baden-Württemberg, Körperschaft des öffentlichen Rechts. Das Vermögen des Versorgungswerks ist vom Vermögen der Kammer unabhängig. Für Verbindlichkeiten des Versorgungswerks haftet nur dessen Vermögen. Es haftet nicht für Verbindlichkeiten der Architektenkammer.

Die gesetzliche Vertretung des Versorgungswerks obliegt dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats.

Das Versorgungswerk der Architekten wurde durch Einfügung des damaligen § 11 a in das Architektengesetz für Baden-Württemberg am 2.4.1968 begründet (Ges. Blatt Nr. 9 v. 11.4.1968, S. 136).

Die Landesvertreterversammlung der Architektenkammer Baden-Württemberg hat am 9.5.1969 von der Ermächtigung gem. § 11 a Architektengesetz Gebrauch gemacht und ein Versorgungswerk errichtet.

Seit 1.1.1973 gehören auch die Mitglieder der Architektenkammer Schleswig-Holstein dem Versorgungswerk an. Der Anschluss wurde im Amtsblatt Schleswig-Holstein vom 11.08.1975 Nr. 32 bekannt gemacht.

Die Novellierung des Architektengesetzes von Baden-Württemberg am 08.04.1975 (Ges. Blatt S. 241) mit der Aufnahme der im Baubereich gewerblich tätigen angestellten und beamteten Architekten in die Kammer machte eine Satzungsänderung erforderlich. Diese Satzung vom 24.6.1976 wurde mit Erlass des Innenministeriums Baden-Württemberg Nr. V 1753/46 vom 17.5.1976 und mit Erlass des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Baden-Württemberg Nr. IV 3534 -V 12/74 vom 21.5.1976 genehmigt.

Durch den Anschluss der Ingenieurmitglieder der AIK Schleswig-Holsteins und der Hamburgischen Architektenkammer angehörenden Mitglieder an das Versorgungswerk trat zum 1.1.1985 eine weitere Satzungsänderung in Kraft. Sie wurde vom Innenministerium Baden-Württemberg unter dem AZ: V 1853/75 und 76 am 2. 11.1984 genehmigt. (Bekanntgemacht im DAB 12/84 S.

BW 299 und DAB Hamburg/Schleswig-Holstein 12/84 S. HS 169 f).

Der Tätigkeitsbereich des Versorgungswerks erstreckt sich damit auf die Länder Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und den Stadtstaat Hamburg. Satzungsmäßiger Zweck des Versorgungswerks ist es, den Teilnehmern und deren Familienangehörigen Versorgung gemäß § 1 Abs. 5 zu gewähren.

Aufsichtsbehörde

Das Versorgungswerk untersteht der Rechts- und Versicherungsaufsicht durch das
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
Baden-Württemberg
Postfach 10 01 41
70001 Stuttgart

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

I. Angaben zu Inhalt und Gliederung des Abschlusses

Der Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2016 sind entsprechend § 341a HGB nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften aufgestellt.

Die wesentlichen Ausnahmen von der unmittelbaren bzw. entsprechenden Anwendung handelsrechtlicher Vorschriften auf die Rechnungslegung ergeben sich aus § 341a Abs. 2 HGB.

Neben den handelsrechtlichen Vorschriften sind die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) vom 8. November 1994 beachtet worden hinsichtlich:

- Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- Anhang
- Lagebericht

Inhalt und Gliederung erfolgen nach:

Bilanz: § 2 iVm Formblatt 1 RechVersV
Gewinn- und Verlustrechnung: § 2 iVm Formblatt 3 RechVersV

Aufgrund der Vorschrift des § 43 RechVersV sind die gesamten Personal- und Sachkosten zuzüglich der kalkulatorischen Mietaufwendungen für das eigengenutzte Grundstück mit aufstehendem Gebäude verschiedenen Bereichen zugerechnet worden:

- Regulierung von Versicherungsfällen
- Verwaltung Versicherungsbetrieb
- Verwaltung von Kapitalanlagen

Die Zuordnung der Aufwendungen erfolgte direkt oder nach dem Grad der tatsächlichen Inanspruchnahme des Versicherungsbereichs bzw. der Verwaltung der Kapitalanlagen. Mitarbeiter werden darin funktionsgerecht integriert.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Zur Verbesserung der Aussagefähigkeit und in Anlehnung an handelsrechtliche Bilanzierungsnormen und an die RechVersV werden die Beteiligungen unter Position Aktiva B. II Beteiligungen (Vorjahr B. II 4. Andere Kapitalanlagen) geführt. Zur Herstellung der Vergleichbarkeit wurde die Vorjahreszahl € 54.039.242,81 mit umgegliedert.

Ansonsten wurden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unverändert fortgeführt.

III. Angaben zur Bilanz

1. Bewertung der Gegenstände des Anlagevermögens

Grundstücke und Bauten, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Anlagen im Bau werden höchstens mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet.

Bei zeitlich begrenzter Nutzung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden planmäßige Abschreibungen wie folgt vorgenommen:

Gebäude:	2 %
Einbauten:	10 %
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung:	10 - 20 %
ausschließlich Hardware	33 %

Die Abschreibung erfolgt grundsätzlich nach der linearen Absetzungsmethode.

Die Entwicklung der Aktivposten (Grundstücke mit Bauten und Sonstige Kapitalanlagen) erfolgt bei den Angaben zu den Aktiva.

Die Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter bis 410 Euro erfolgt im Jahr des Zugangs in vollständiger Höhe.

Abschreibungen werden im Jahr des Zugangs Pro-Rata-Temporis (monatsgenaue Abschreibung ab dem Monat des Zugangs) durchgeführt.

Modernisierungsaufwendungen für die Gebäude werden sofort als Aufwand behandelt.

Festverzinsliche und nicht festverzinsliche Wertpapiere (Spezial-Sondervermögen und Immobilien-Sondervermögen), Schuldscheinforderungen, Darlehen sowie die anderen Kapitalanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet.

Mit Beschluss des Verwaltungsrats vom 10.12.2001 wurden die Anteile der Spezial-Sondervermögen und Immobilien Spezial-Sondervermögen dem Anlagevermögen zugeordnet und gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB bewertet.

Die festverzinslichen Wertpapiere des Direktbestandes werden bis zur Endfälligkeit gehalten und deshalb nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB bewertet.

Die Namensschuldverschreibungen sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die Differenz zwischen den Anschaffungskosten und einem niedrigeren Rückzahlungsbetrag wird zeitanteilig über die Restlaufzeit abgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2016 waren Abschreibungen für eine planmäßig über Par erworbene Namensschuldverschreibung in Höhe von € 118.100,00 vorzunehmen.

Von einer dauerhaften Wertminderung der Sonstigen Kapitalanlagen ist nicht auszugehen, da die Wertverluste voraussichtlich im Anlagehorizont ausgeglichen werden. Wir sehen keinen Anstieg von Schuldnerinsolvenzen.

Der unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesene Anspruch auf die fälligen Zinsen entsteht rechtlich erst später.

2. Bewertung der Gegenstände des Umlaufvermögens

Sämtliche Forderungen sind zum Nennwert angesetzt.

Bei den Forderungen gegen Versicherungsnehmer wurde im Geschäftsjahr für Beitragsherabsetzungen eine Pauschalwertberichtigung i.H.v. € 723.500 (Vorjahr: € 723.500) gebildet. Diese Wertberichtigung berücksichtigt die Korrekturen aufgrund der §§ 16 und 17 (Anpassung der Beiträge an die Einkommensverhältnisse) sowie § 19 (Ruhe der Beitragspflicht) der Satzung.

3. Bewertungsmethoden für Passivposten

a) Rücklage für schwankenden Bedarf

Im Geschäftsjahr 2016 wurde der Überschuss in Höhe von € 58.988.206,88 (Vorjahr € 54.325.105,70) der Rücklage für schwankenden Bedarf zugeführt. Ferner wurden der Rücklage im Vorjahr zur Risikovorsorge weitere € 291.897.150,21 zugeführt. Dieser Betrag wurde mit Beschluss der Vertreterversammlung vom 19.07.2016 der Rückstellung für Leistungsverbesserung entnommen.

b) Bewertungsmethode der Deckungsrückstellung

Die versicherungsmathematische Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertdeckungsverfahren.

Bei der Berechnung der Deckungsrückstellung wurden folgende Rechnungsgrundlagen verwendet:

1. Biologische Ausscheidewahrscheinlichkeiten der „Berufsständischen Richttafeln“ von Dr. Klaus Heubeck 2006 G, nachstehend kurz ABV-Tafeln 2006 G genannt. Dabei wurden die ABV-Tafeln 2006 G derart modifiziert, dass daraus eine Periodentafel mit jeweils (gleitender) 10-jähriger Projektivität abgeleitet wurde,
2. Pensionierungsalter von 65 auf 67 steigend für Männer und Frauen (Beschluss Vertreterversammlung vom 6.7.2010),
3. Rechnungszins 4 %,
4. Verwaltungskostensatz 5 % der Bruttobeiträge.

Die Berechnung im Einzelnen erfolgt aufgrund aufgezinster Einnahmen und Ausgaben der vorangegangenen Geschäftsjahre (retrospektive Methode).

Die Berechnung erfolgt für alle Sachverhalte einheitlich.

c) Berechnung der Deckungsrückstellung

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt über ein EDV-Programm im Rahmen eines versicherungsmathematischen Gutachtens durch den Gutachter Gassner und Partner, Mathematische Gutachter und Sachverständige für betriebliche Altersversorgung, Stuttgart.

d) Rückstellung für Leistungsverbesserung

Durch Beschlussfassung der Vertreterversammlung am 19.07.2016 wurde im Vorjahr die Entnahme in Höhe von € 291.897.150,21 zur Risikovorsorge und Dotierung der Rücklage für schwankenden Bedarf legitimiert. Ferner wurden der Rückstellung für Leistungsverbesserung im Vorjahr € 38.431.854,00 zur Finanzierung der Leistungsverbesserung zum 31.12.2015 entnommen.

e) Andere Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren angesetzt. Der bei den Pensionsverpflichtungen gemäß § 253 Abs. 6 HGB zu ermittelnde Unterschiedsbetrag beziffert sich auf € 22.455,00. Er ergibt sich als Differenz aus dem Erfüllungsbetrag bei einem 10-Jahresdurchschnittszinssatz von 4,01% (T€ 225) und einem Erfüllungsbetrag bei einem 7-Jahresdurchschnittszinssatz von 3,24% (T€ 247).

Die Sonstigen Rückstellungen werden im Rahmen üblicher Sorgfalt geschätzt und mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt und betreffen insgesamt die Kostenabgrenzung des laufenden Geschäftsjahres.

f) Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft

Diese sind für noch auszahlende Versorgungsleistungen und überbezahlte Beiträge des laufenden Geschäftsjahres angesetzt worden.

g) Sonstige Verbindlichkeiten

Sie betreffen größtenteils Lieferantenrechnungen in Höhe von € 424.763,24, welche innerhalb einer Restlaufzeit von einem Jahr fällig sind.

h) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten betrifft vorausbezahlte Mieten für die vermieteten Objekte des Kapitalanlagevermögens.

Angaben zu den Aktiva

1 Entwicklung der Aktivposten A und B I bis II im Geschäftsjahr 2016

	Anschaffung-/ Herstellungskosten			
	1.1.2016	Zugänge	Abgänge	31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				
	69.461,05	0,00	0,00	69.461,05
	69.461,05	0,00	0,00	69.461,05
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken				
	26.821.808,29	64.898,39	0,00	26.886.706,68
II. Beteiligungen				
	54.039.242,81	87.967.243,41	2.722.343,00	139.284.143,22
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
	3.248.918.311,45	225.812.676,33	20.021.337,60	3.454.709.650,18
2. Inhaberschuldverschreibungen und Andere festverzinsliche Wertpapiere				
	156.309.835,00	4.275.000,00	9.508.925,00	151.075.910,00
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	345.674.004,15	50.710.762,93	0,00	396.384.767,08
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	254.700.814,17	21.267.380,48	104.286.073,75	171.682.120,90
	4.086.464.015,87	390.097.961,54	136.538.679,35	4.340.023.298,06
	4.086.533.476,92	390.097.961,54	136.538.679,35	4.340.092.759,11

1.1.2016	Kumulierte Abschreibungen		31.12.2016	Buchwerte	
	Zugänge	Abgänge		31.12.2016	31.12.2015
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
69.461,05	0,00	0,00	69.461,05	0,00	0,00
69.461,05	0,00	0,00	69.461,05	0,00	0,00
11.013.900,08	360.152,58	0,00	11.374.052,66	15.512.654,02	15.807.908,21
0,00	0,00	0,00	0,00	139.284.143,22	54.039.242,81
0,00	0,00	0,00	0,00	3.454.709.650,18	3.248.918.311,45
0,00	0,00	0,00	0,00	151.075.910,00	156.309.835,00
236.200,00	118.100,00	0,00	354.300,00	396.030.467,08	345.437.804,15
0,00	0,00	0,00	0,00	171.682.120,90	254.700.814,17
11.250.100,08	478.252,58	0,00	11.728.352,66	4.328.294.945,40	4.075.213.915,79
11.319.561,13	478.252,13	0,00	11.797.813,71	4.328.294.945,40	4.075.213.915,79

2 Angaben zum Investmentvermögen

	Buchwert	Marktpreis
	31.12.2016	31.12.2016
Spezial-Investmentvermögen		
Spezial-Sondervermögen I	293.999.401,88	318.433.837,20
Spezial-Sondervermögen II	428.456.123,89	469.707.467,19
Spezial-Sondervermögen III	290.081.327,38	316.411.433,66
Spezial-Sondervermögen IV	240.212.330,09	262.347.261,76
Spezial-Sondervermögen V	336.739.300,27	344.657.174,88
Spezial-Sondervermögen VI *	1.728.820.946,56	1.752.351.751,71
Spezial-Sondervermögen VII **	51.986.212,62	63.994.754,30
Spezial-Sondervermögen VIII **	45.322.004,04	46.156.210,48
Spezial-Sondervermögen IX **	26.715.003,45	26.733.355,05
Spezial Sondervermögen X **	12.377.000,00	11.802.206,41

* Dieses gemischte Spezial-Investmentvermögen VI wurde als Dach-Investmentvermögen ausgestattet und beinhaltet neben Aktien, u.a. Renten-Segmente, Währungsportfolien, Beteiligung-Dachfonds, Immobilienfonds

**Immobilien/Private Equity-Spezial-Investmentvermögen mit 6-monatiger Kündigungsfrist

*** Keine dauerhafte Wertminderung, daher Anwendung §341b Abs. 2 HGB

Differenz zum Buchwert	Ausschüttung 2016	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen
24.434.435,32	16.018.166,36	ja	nein
41.251.343,30	18.000.000,00	ja	nein
26.330.106,28	16.000.000,00	ja	nein
22.134.931,67	13.020.828,00	ja	nein
7.917.874,61	13.000.000,46	ja	nein
23.530.805,15	51.000.001,44	ja	nein
12.008.541,68	6.468.223,26	nein	nein
834.206,44	0,00	nein	nein
18.351,60	0,00	nein	nein
-574.793,59	0,00	nein	ja***

Die Buchwerte und Zeitwerte des Vermögens verteilen sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt auf die einzelnen Anlagekategorien:

	Buchwert	Stille Reserven	Stille Lasten	Bewertungsreserve	Zeitwert
	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2016
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Grundvermögen	15,5	6,1	0,0	6,1	21,6
Beteiligungen	139,3	20,5	-0,4	20,1	159,4
Investmentvermögen	3.454,7	158,5	-0,6	157,9	3.612,6
Festverzinsliche Wertpapiere	151,1	21,2	-0,3	20,9	172,0
Namenschuldverschreibungen	396,0	51,5	-12,1	39,4	435,4
Schuldscheine und Darlehen	171,7	31,7	0,0	31,7	203,4
Summe	4.328,3	289,5	-13,4	276,1	4.604,4

Für die Festsetzung der Zeitwerte wurden folgende Bewertungsmethoden angewandt:

- Grundvermögen: anhand von Verkehrswertgutachten auf der Grundlage des Ertragswertverfahrens zum Stichtag 31.12.2014.
- Beteiligungen: Bewertung bei vorliegendem Testat zum fairen Marktwert oder ggf. im Jahr des Zugangs zu Anschaffungskosten.
- Nichtfestverzinsliche und festverzinsliche Wertpapiere: jeweils mit dem Börsenkurswert am letzten Handelstag des Jahres 2016.
- Namenschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen: Ermittlung der Zeitwerte durch die Depotbank/den Emittenten.

3 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten (Aktiva B I.)

Der Bilanzwert, der für die im Rahmen der Geschäftstätigkeit genutzten eigenen Grundstücke und Bauten beträgt Mio. € 1,596 (VJ Mio. € 1,647).

4 Forderungen (Aktiva C.I. und II.)

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Die Beitragsforderungen an Teilnehmer betragen zum 31.12.2016 Mio. € 7,39 (VJ Mio. € 6,58). Der Posten wurde für Anträge auf Beitragsherabsetzungen aufgrund der persönlichen Einkom-

mensverhältnisse um Mio. € 0,72 pauschalwertberichtigt. Die nachstehende Übersicht zeigt, in welchen Jahren die Beitragsforderungen fällig geworden sind:

Jahre	Euro
2013 und früher	25.756,26
2014	25.775,27
2015	121.404,55
Zwischensumme	172.936,08
2016	7.941.811,50
Pauschalwertberichtigung	-723.500,00
Insgesamt	7.391.247,58

Sonstige Forderungen

Hier werden vorausgezahlte Versorgungsleistungen für Januar 2017 gezeigt (Mio. € 7,0). Weiterhin werden Forderungen aus Betriebskosten für Position Aktiva A I. i.H.v. € 100.792,26 ausgewiesen.

5 Sonstige Vermögensgegenstände (Aktiva D.)

Diese Position umfasst das Verwaltungsvermögen der Geschäftsstelle (Betriebs- und Geschäftsausstattung), die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten (davon Festgeldanlage Mio. € 29,8, Vorjahr Mio. € 98,2), Schecks und Kassenbestand.

6 Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten (Aktiva E. I.)

Es handelt sich um die am Stichtag noch nicht gutgeschriebenen Zinserträge i.H.v. Mio. € 19,1 für die Berichtsperiode.

Angaben zu den Passiva

7 Rücklage für schwankenden Bedarf (Passiva A.)

Jahr	Euro
Stand 31.12.2015	345.222.255,91
Entnahme 2016	0,00
Einstellung Überschuss 2016	58.988.206,88
Stand 31.12.2016	405.210.462,79

8 Deckungsrückstellung (Passiva B I.)

Deckungsrückstellung	Euro
Stand 31.12.2014	3.628.825.212,00
Zuführung 2015	252.791.997,00
Stand 31.12.2015	3.881.617.209,00
Zuführung 2016	222.840.765,00
Stand 31.12.2016	4.104.457.974,00

Ausgewiesen ist die durch Gutachten bestätigte Gesamtverpflichtung aus laufenden und zukünftigen Verbindlichkeiten.

Grundlage der Deckungsrückstellung ist das versicherungsmathematische Gutachten von Gassner und Partner, Mathematische Gutachter und Sachverständige für betriebliche Altersversorgung Stuttgart vom 21.03.2017.

Bewegung des Bestandes an Versorgungsverpflichtungen im Geschäftsjahr 2016

	Invaliden- und Altersrenten sowie Kindergeld				
	Anwärter		Rentner		Kindergeld
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	16.743	11.332	4.185	445	237
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	395	540	249	42	52
2. Sonstiger Zugang*		2	2	16	
3. Gesamter Zugang	395	542	251	58	52
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	18	3	75	1	
2. Beginn der Altersrente	216	29	16	6	
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	17	7			
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf				1	
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewähr- beträgen und Austrittsvergütungen					
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewähr- beträgen und Austrittsvergütungen	9	11	49	5	70
7. Sonstiger Abgang	4	47			1
8. Gesamter Abgang	264	97	140	13	71
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	16.874	11.777	4.296	490	218
davon					
1. Beitragsfreie Anwartschaften***	2.237	2.104			

*z.B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

**Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt

***davon 1.260 Anwartschaften aufgrund Versorgungsausgleich

9 Andere Rückstellungen (Passiva C I. u. II.)

Die Rückstellung für Pensionen ist nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren mit einem Rechnungszins von 4,01 % und den Sterbetafeln Heubeck 2005G vom versicherungsmathematischen Sachverständigen ermittelt worden. Es liegt eine Festzusage zugrunde. Die Personalaufwendungen daraus betragen € 41.427,00 und die Aufwendungen für die Aufzinsung € 6.863,00, die Zuführung 2016 insgesamt somit € 48.290,00. Rückstellungen für betriebliche Pensionszusagen werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren angesetzt. Der bei den Pensionsverpflichtungen gemäß § 253 Abs. 6 HGB zu ermittelnde Unterschiedsbetrag beziffert sich auf € 22.455,00. Er ergibt sich als Differenz aus dem Erfüllungsbetrag bei einem 10-Jahresdurchschnittszinssatz von 4,01% (T€ 225) und einem Erfüllungsbetrag bei einem 7-Jahresdurchschnittszinssatz von 3,24% (T€ 247).

Die Sonstigen Rückstellungen wurden u.a. in Höhe der voraussichtlich anfallenden Kosten für Jahresabschlussprüfung und Versicherungsaufsichtsgebühr gebildet.

10 Sonstige Verbindlichkeiten (Passiva D II.)

Sie betreffen im Wesentlichen Lieferantenrechnungen in Höhe von € 424.763,24, welche innerhalb einer Restlaufzeit von einem Jahr fällig sind.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
11 Verdiente Beiträge (GuV I 1.)

Die auf dem Sachkonto als Erlöse verbuchten Beiträge des Jahres 2016 in Höhe von € 195.499.473,96 (VJ € 183.309.346,47) setzen sich aus dem Saldo zwischen Sollstellungen von Beiträgen einerseits und den ausgesprochenen Beitragsermäßigungen andererseits zusammen.

Somit ist das Beitragsaufkommen gegenüber dem Vorjahr um € 12.190.127,49 oder 6,65 % gestiegen. Wenn das Jahresbeitragsaufkommen in Relation zu dem am Jahresende vorhandenen Mitgliederbestand (aktive Teilnehmer) gesetzt wird, ist der Durchschnittswert in Höhe von € 8.045 gegenüber dem Vorjahr mit € 7.671 weiter gestiegen.

Mitgliederbewegung - Anwärter Teilnehmer des Versorgungswerks (Stichtag 31. Dezember 2016)

	Baden- Württemberg	Schleswig- Holstein	Hamburg	Gesamt
a) Aktive Teilnehmer des Versorgungswerks				
1) Vollteilnehmer	6.957	1.401	1.334	9.692
2) Halbtteilnehmer	1			1
3) Deutsche Rentenversicherung- Antragspflichtversicherte	84	54	20	158
4) Angestellte Architekten (Vollversicherte)	11.339	157	2.152	13.648
5) Angestellte Architekten (Zusatzversicherte)	617	58	98	773
6) Beamte und Freiwillige Teilnehmer	27	2	1	30
Gesamtzahl der Teilnehmer	19.025	1.672	3.605	24.302
b) Inaktive Teilnehmer des Versorgungswerks				
1) Vollteilnehmer	2.435	348	305	3.088
2) Halbtteilnehmer	1	0	0	1
Gesamt	2.436	348	305	3.089
c) Davon Männer	12.611	1.502	2.236	16.349
Davon Frauen	8.850	518	1.674	11.042
	21.461	2.020	3.910	27.391

Weiterhin befinden sich 1.260 (Vorjahr 1.248) beitragsfreie Anwartschaften aufgrund von Versorgungsausgleichsurteilen im Bestand. Berücksichtigt man diese Anwartschaften, erhöht sich die Gesamtzahl der Teilnehmer auf 28.651.

12 Erträge aus Kapitalanlagen (GuV I., 3. a bis c)

	2016	2015
	Euro	Euro
a) Erträge aus Beteiligungen	0,00	230.528,16
aa) Erträge aus Grundstücken	889.988,07	785.364,40
ab) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
davon		
Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	133.507.219,52	135.004.305,57
Festverzinsliche Wertpapiere	6.962.811,68	7.373.522,99
Namensschuldverschreibungen	17.692.916,95	14.383.860,98
Schuldscheinforderungen und Darlehen	8.085.556,26	11.276.092,17
Erträge aus Zero-Zuschreibungen	2.809.249,65	2.639.653,32
Sonstige außerordentliche Erträge	967.525,69	244.909,65
Zwischensumme	170.025.279,75	171.152.872,84
b) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen	10.256.567,86	424.455,00
Gesamt	181.171.835,68	172.362.692,24

13 Aufwendungen für Versorgungsfälle (GuV 5.)

	2016	2015
	Euro	Euro
Versorgungsleistungen	87.112.787,66	82.302.626,62
Personal- und Sachaufwendungen	683.854,69	591.528,71
Gesamt	87.796.642,35	82.892.905,33

14 Veränderung der Deckungsrückstellung (GuV 6.)

Aufgrund versicherungsmathematischem Gutachten beträgt die Zuführung 2016:

	2016	2015
	Euro	Euro
Laufende Leistungen	43.208.960,00	67.256.666,00
Anwartschaften	179.631.805,00	185.535.331,00
Gesamt	222.840.765,00	252.791.997,00

15 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (GuV 7.)

	2016	2015
	Euro	Euro
Persönliche Aufwendungen	2.529.817,14	2.163.461,74
Sachaufwendungen	1.775.242,10	1.284.603,11
Summe	4.305.059,24	3.448.064,85
abzüglich		
Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsfällen	-683.854,69	-590.278,71
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	-2.008.110,84	-1.458.813,20
Verwaltungsaufwendungen	1.613.093,71	1.398.972,94

16 Aufwendungen für Kapitalanlagen (GuV 8. a-c)

	2016	2015
	Euro	Euro
a) Personal- und Sachaufwendungen	2.008.110,84	1.458.813,20
b) Betriebs- und Instandhaltungskosten	2.768.662,62	565.185,43
Zwischensumme	4.776.773,46	2.023.998,63
c) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	478.252,58	471.438,85
d) Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00	105.890,43
e) Außerplanmäßige Abschreibung	0,00	0,00
Gesamt	5.255.026,04	2.601.327,91

Die Abschreibungen auf Kapitalanlagen unter c) betreffen planmäßige Abschreibungen des Anlagevermögens.

17 Sonstige Erträge (GuV II 1.)

Als wesentliche Posten sind zu nennen: Kostenerstattung durch das Versorgungswerk Sachsen für EDV-Nutzung.

18 Sonstige Aufwendungen (GuV II 2.)

	2016	2015
	Euro	Euro
Abschreibungen der Sachanlagen	66.072,44	30.538,90
Sonstiger Aufwand	197.201,95	205.861,57
Gesamt	263.274,39	236.400,47

19 Einstellung in die Rücklage für schwankenden Bedarf (GuV II 4.)

Gemäß §10a Abs. 4 der Satzung wurde der Überschuss 2016 i.H.v. € 58.988.206,88 in die Rücklage für schwankenden Bedarf eingestellt.

Sonstige Angaben

20 Sonstige Finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen sonstige Verpflichtungen i.H.v. € 206.682.212,53 (VJ € 76.557.246,52) aus Kapitalzusagen, die zum Bilanzstichtag noch nicht abgerufen waren.

21 Anzahl der Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt sind insgesamt 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

22 Honorar für Abschlussprüfungsleistungen

Abschlussprüfungsleistungen	€ 63.153,78
Sonstige Leistungen	€ 154.350,86

23 Geschäfte mit nahestehenden Personen

betreffen ausschließlich satzungsgemäße Versorgungsleistungen an Mitglieder des Verwaltungsrats bzw. Vertreterversammlung aufgrund Pflichtteilnahme und der gezahlten Pflichtbeiträge.

24 Angaben zu Unternehmen an denen wir Anteile von mehr als 20% halten:

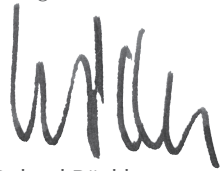
Name	Sitz	Beteiligungsquote	Eigenkapital €	Letztes Jahresergebnis €	
Hamburg Trust HTG Deutschland 15 Fonds III GmbH & Co. KG*	Hamburg	99,98%	24.593.278,06	GJ 2016	-172.270,98
F&C European Capital Partners II LP	Edinburgh	20,32%	84.904.000,00	GJ 2016	6.814.000,00
German Opportunities I GmbH & Co. Geschl. Inv KG	Frankfurt am Main	99,8%	Gründung in 2016 – Jahresabschluss liegt noch nicht vor.	Gründung in 2016 – Jahresabschluss liegt noch nicht vor.	

* Diese hält 19,8 % Anteile an der Immobilien-Objekt KG.

Vorlage des Geschäftsberichts an den Verwaltungsrat

Der Hauptgeschäftsführer wird diesen Bericht mit dem Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 dem Verwaltungsrat gemäß § 9 der Satzung vorlegen.

Stuttgart, den 07.04.2017

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Röckle', written in a cursive style.

Roland Röckle

Hauptgeschäftsführer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss und dem Lagebericht des Versorgungswerks der Architektenkammer Baden-Württemberg, Stuttgart, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016 den nachstehenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Versorgungswerks der Architektenkammer Baden-Württemberg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung des Versorgungswerks. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Versorgungswerks sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss des Versorgungswerks der Architektenkammer Baden-Württemberg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016 den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Versorgungswerks. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Versorgungswerks und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Stuttgart, den 10. April 2017

BANSBACH GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Antje Conradi	Christian Kiesel
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Versorgungswerk der Architektenkammer Baden-Württemberg
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Danneckerstraße 52, 70182 Stuttgart
Tel.: 0049 (0)711/23 874-0, Fax: 0049 (0)711/23 874-30
Internet: www.vwda.de